

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 98.

Montag, den 28. April 1919.

26. Jahrg.

## Maifeier-Aufruf der Internationale.

### An die Arbeiter der ganzen Welt!

Genossen, wir müssen aus dem 1. Mai eine Feier ohne Gleichen machen. Der Krieg ist beendet. Die Internationale hat sich von neuem in Bern vereinigt. Es ist wahr, noch ist Europa zerklüftet und blutet. Die Leiden des Krieges lassen sich nicht in einem Tage überwinden. Große private Interessen haben sich mit dem Militarismus verschworen, um

einen imperialistischen Frieden zu machen und um die internationale Rivalität und Ungerechtigkeit fortzudauern zu lassen, wagen sie es, das alte System der stehenden Heere, der großen Rüstungen und den Krieg selbst aufrechtzuerhalten.

Die Arbeiter werden diese Politik bekämpfen.

Die Proletarier der ganzen Welt werden an diesem Tage ihre Stimme zu dem lauten Ruf vereinen: „Wir wollen keinen Krieg mehr, wir wollen keinen kapitalistischen Imperialismus mehr, der zum Kriege führt.“

Regierungen, die aus dem Kriege nichts gelernt haben, wünschen eine heilige Allianz herbei, die durch die Gewalt und die Diplomatie ihren Willen auferlegt. Wir aber arbeiten an der Errichtung einer Gesellschaft der Nationen, gegründet auf die brüderliche Zusammenarbeit der Völker.

Unsere Forderung an diesem 1. Mai ist eine Gesellschaft der Nationen, gestützt auf die Demokratien und durch sie kontrolliert, nicht eine Liga der Regierungen, nicht eine Liga der Diplomaten, sondern

eine Gesellschaft der Völker.

Die Völker wünschen keine Armeen. Sie wollen keinen Krieg. Sie wollen ihren Regierungen das Recht nehmen, Krieg zu führen. Sie wollen in Frieden und Sicherheit der Anarchie der kapitalistischen Produktion entgegen, wollen die Weltkraftverteilung außerhalb jeglichen Monopols der Gewalt organisieren und so den Wohlstand aller vorbereiten.

Wir begrüßen die Befreiung der Nationalitäten, die gegen ihren Willen unter der Bedrückung militärischer Staaten standen. Wir leugnen das Recht, den Nationalitäten durch Eroberung ein neues Joch aufzubürden. Wir proklamieren das unveräußerliche Recht der Völker, über sich selbst zu bestimmen. Wir verlangen, daß die Minderheiten im Schoße des Staates, in dem sie ihr Dasein führen, durch die Gesellschaft der Nationen ihre Freiheit und ihre eigene Kultur garantiert erhalten.

Mit Bitterkeit hat die Arbeiterklasse feststellen müssen, daß die Regierungen es nicht verstanden haben, schnell einen dauerhaften Frieden durch eine Methode der Mäßigung und der Demokratie, die den Zusammenschluß aller Völker wieder angeknüpft hätte, herbeizuführen.

Die Befragung der Völker und nicht die Säbelspitze soll die territorialen Fragen regeln. So oft dieses Prinzip angewendet wurde, haben die Schwierigkeiten noch immer gelehrt werden können. Wenn man sich ihm aber entzog, dann haben Konflikte und Widerstände neue Zustände hervorgerufen.

Wir widersetzen uns jeder Annexion, die die Freiheit der Völker verletzen würde, wir, die wir die Freiheit des Denkens, des Wortes und der Presse verkünden, die wir das Recht des Kapitalismus auf Ausbeutung der Individuen zurückweisen. Wir lehnen aus demselben Grunde auch das Recht der imperialistischen Staaten auf Ausbeutung der Nationalisten ab.

In diesem Jahre feiern wir unseren 1. Mai in mitten von Ruinen. Und doch können wir uns freuen: die Demokratie steigt empor und breitet sich aus. Ohne Zweifel ist sie durch reaktionäre Tyrannen bedroht. Aber wir sind des Glaubens, daß,

Demokratie und Sozialismus untrennbar sind, daß die politische Macht des Proletariats und seine ökonomische Befreiung nicht voneinander geschieden werden können.

Die Arbeiterklasse hat zu dieser Stunde eine besondere Pflicht zu erfüllen. Die Kapitalisten suchen den Krieg auszubuten. Sie haben trotz der Kriegsteuern Milliarden Profite in die Tasche gesteckt. Sie wollen auch gerne noch erreichen, daß die Arbeiter die Kriegsschulden bezahlen. Unter dem Deckmantel des Patriotismus und der nationalen Entschuldigungen wollen sie neue Gebiete annekieren, Kolonien zu wirtschaftlicher Ausbeutung und persönlichem Profit rauben. Die großen Industriebereiche haben in allen Ländern vor dem Kriege durch die Bewaffnung der Völker gemeinsame Profite gemacht. Sie verfolgen auch heute die gleiche Politik, die aus dem Kriege, der Armut und der Zerstörung neue kapitalistische Profite zu ziehen sucht.

Dem Kriege muß eine große „Aushebung“ des Reichtums folgen, damit der nationale Reichtum, der sich jetzt in den Händen der Privatkapitalisten befindet, den nationalen Bedürfnissen nutzbar gemacht werden kann und nicht länger mehr nur dem Nutzen einer kleinen Zahl dient.

Der Lohnarbeiter kann nicht wieder in seine alte wirtschaftliche Lage zurückversetzt werden. Bei dem

Neubau der Welt wird die Arbeit einen anderen Platz beanspruchen als früher. Immer noch zielt der Kapitalismus darauf ab, die Arbeit ihres Ranges zu entkleiden, aber jetzt ist die Arbeit in besserer Verteidigungsstellung.

Das in Bern ausgearbeitete Arbeitergrundgesetz ist das Mindestmaß dessen, was die Arbeiter fordern,

und in der ganzen Welt wird nun die Arbeit gleichen Schrittes vorwärtsgen.

Der Aufruf entwickelt dann die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse, Acht Stunden Tag, Recht auf Bildung, Arbeiterschutz, Schutz der Frauen und Kinder, Koalitionsrecht, internationale Arbeitersehungsgelegenheit usw. und schließt:

Die Sache der Arbeiter ist überall in der Welt die gleiche. Genossen! Wir stehen vor einer neuen Welt. Die alte Welt ist durch die desorganisierenden Kräfte des Imperialismus, des Militarismus und des Kapitalismus aus den Fugen gegangen. Wie der Sozialismus es vorausgesagt hat, so ist die alte Ordnung der Dinge durch eigenen Selbstmord zugrunde gegangen. Sollen wir mit und auf ihren Trümmern das alte Gebäude der Ausbeutung und Ungerechtigkeit neu errichten?

Arbeiter, das hängt von Euch ab! Ueber alle Widerstände der alten Welt, über ihre eigenen tadelnden Reformversuche hinweg arbeitet die Arbeiterklasse an der Gestaltung der neuen Welt. Die jetzt wiedererstandene Internationale

ist ganz erfüllt vom Arbeitswillen. Die Internationale ist's, die die Gesellschaft der Nationen dauerhaft machen wird. Sie wird sie auf einen sicheren Pfad lenken, wird ihr für den Frieden immer reicher entwickelte schmiegsamere und lebensvollere wirtschaftliche Einrichtungen und demokratische Lebensformen schaffen.

Laßt uns daher unseren 1. Mai dazu weihen, den Grundstein zur neuen sozialen Ordnung zu legen, die auf Gerechtigkeit und Frieden begründet und allen Völkern gemein ist im Triumph der Freiheit und der Demokratie!

Mögen der Sozialismus und die Internationale das Lozungswort der Arbeiter der ganzen Welt sein.

Die Internationale sozialistische Kommission der Berner Konferenz. (C. S. J. C. B.)

fende, monatlich zahlbare Teuerungszulagen gewährt und zwar in Höhe von 40 Prozent auf alle ihnen zustehenden, laufend zahlbaren Monatsbezüge (Renten, Kriegs-, Versäumlungs- und die diesen entsprechenden Zulagen, ferner Zuschläge, Unterstützungen und Zuwendungen) und auf die Gehälter, die nach dem Kapitalabfindungsgesetz einer Kapitalabfindung zugrunde gelegt sind.

Außerdem wird verfügt werden, daß zunächst auf die Dauer eines Jahres von jeder Herabsetzung oder Entziehung von Versorgungsgebühren im Verwaltungswege abzusehen ist.

Zu 3. Ein Entlassungsantrag soll den versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten, die zwischen dem 1. Juli 1918 und 9. November 1918 entlassen sind, nach den Bestimmungen, wie sie für die nach dem 9. November 1918 entlassenen Militärpersonen gegeben sind, unter folgenden Voraussetzungen:

in Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern, wenn der Betreffende weniger als 3000 Mk.,  
in Gemeinden von 50 000 bis 100 000 Einwohnern, wenn der Betreffende weniger als 4000 Mk.  
und in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern, wenn der Betreffende weniger als 5000 Mk.

steuerpflichtiges Einkommen besitzt.

Zur Bemessung der Einwohnerzahl sind Nachbargemeinden dann zusammenzufassen, wenn sie ein einheitliches Wirtschaftsgebiet darstellen.

Die Ausgabe wird bei der augenblicklichen Rohstoffnot nur allmählich erfolgen, dagegen kann die festgesetzte Geldabfindung auf Wunsch unverzüglich ausbezahlt werden.

Zu 4. Die Vorarbeiten zu der geschlossenen Regelung eines wirksamen Einstellungszwanges sind abgeschlossen und die Einladungen zur Mitarbeit an die zuzugehörenden Kriegsbeschädigtenverbände ergangen.

Zu 5. Die Reichsleitung ist gern bereit, die Anregungen wegen Wohnungsfürsorge und Siebelung einer eingehenden Prüfung unterziehen zu lassen. Auch hier sollen die Verbände der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zur Mitarbeit herangezogen werden.

Zu 1. Für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge — und zwar sowohl für die praktischen Aufgaben als auch für ihre Einrichtung — werden ausreichende Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Zur Bekämpfung der unter 2, 3 und 6 erwähnten Verbesserungen im Versorgungs- und Fürsorgegebiet stellt die Reichsleitung trotz der bis zum Neuesten gespannten Finanzlage sofort den Betrag von 300 Millionen Mark zur Verfügung.

## Die Friedensverhandlungen.

Der Sekretär Wilsons gab im Namen des Präsidenten dem „Pariser Journal“ eine Erklärung über das Vorgehen der italienischen Delegation, in der darauf hingewiesen wird, daß Wilson auf die italienischen Ansprüche nicht eingehen konnte, ohne die von allen Alliierten angenommenen 14 Punkte zu verletzen. Wilson sei sich der Folgen des Manifestes bewußt, sehe jedoch kein anderes Mittel. Der Präsident glaube nicht an einen italienisch-jugoslawischen Konflikt. Wenn dieser unglücklicherweise doch eintrete, würden die Vereinigten Staaten in keiner Weise intervenieren. Der Sekretär bemerkte schließlich, daß Italien ausschließlich von den Alliierten abhängt, besonders von Amerika, sowohl was Verproviantierung, als was das finanzielle Gleichgewicht betreffe.

Die italienische Abordnung wird sich, nach dem „Petit Parisien“, am 28. April dem italienischen Parlament vorstellen. Wie immer die Sitzung des Parlaments verlaufen werde, Orlando und seine Mitarbeiter würden unverzüglich nach Paris zurückkehren. Die italienische Delegation werde am 1. Mai vollständig wieder in Versailles sein.

Die erste Staffel der deutschen Delegierten ist am Freitag vormittag in Paris eingetroffen.

## Zur Lage in Bayern.

Die Regierung Hoffmann gibt bekannt, daß außer württembergischen Truppen auch andere Reichstruppen verwendet werden. Der Landtag hat seine Zustimmung gegeben, da eine solche Reichshilfe sowohl in der alten wie in der neuen Verfassung vorgesehen ist. Koste hat den Oberbefehl übernommen.

Die alte Forderung Ingo Stab wird in der Richtung gegen München neuerdings befestigt. Andererseits haben auch die Münchener Kätetruppen ihre Linien nach Westen und Süden weiter vorgeschoben.

Ueber München liegt die Nachricht vor: Die Stärke der Roten Armee wird auf 30 000 bis 60 000 Mann geschätzt, wovon die Mehrzahl nur als Milizler anzusehen sind. Die hohe Zahl der Milizler erklärt sich dadurch, daß die Erwerbslosenunterstützung von der sozialistischen Regierung nur an waffentragende Anhänger gezahlt wird. Die Zahl der kampferweckungsfähigen Truppen wird auf 12 000 bei den Spartakisten geschätzt. Die Bürger Münchens sollen Brot in ausreichender Menge, doch keine Keklen erhalten. Die Spartakisten haben ihren Norden um

## Regierung und Kriegsbeschädigtenfürsorge

Zwischen der Regierung und den großen Verbänden der Kriegsbeschädigten hat unter dem Vorsitz von Scheidemann eine Besprechung stattgefunden. Die Regierung wies darauf hin, daß die von den Kriegsbeschädigten geforderten gesetzlichen Maßnahmen zum erheblichen Teil schon in Arbeit sind oder unverzüglich in Angriff genommen werden sollen. Die Kriegsbeschädigtenorganisationen werden zur umfassenden Mitarbeit herangezogen. Auch hinsichtlich einer sofortigen Hilfe ist weitgehendes Einverständnis erzielt.

Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen fordern:

1. Sofortige Reform der Versorgungsgeetze unter Zuziehung ihrer Organisationen; 2. bis dahin wesentliche Erhöhung der Bezüge; 3. nachträgliche Gewährung von Entlassungsanzügen und sonstiger Entlassungsgebühren an die nach dem 9. 11. 1918

entlassenen Kriegsbeschädigten; 4. Inangriffnahme eines Gesetzes zur Schaffung eines wirksamen Einstellungszwanges; 5. beschleunigte Wohnungsfürsorge durch Schaffung von Notstandsbezirken, Inangriffnahme von Wohnungsbauten und Prüfung der Zivileinquartierung; 6. Bereitstellung ausreichender Reichsmittel für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

Der Präsident hat hierauf u. a. geantwortet:

Zu 1. Die Reform der Militärversorgungsgesetze ist in Arbeit und wird mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Hierbei werden die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Organisationen zur Mitarbeit herangezogen werden. Auch sollen Kriegsbeschädigte bei den Verwaltungsarbeiten der Versorgungsstellen mitwirken.

Zu 2. Bis zum Inkrafttreten dieser Gesetze werden allen versorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterlassen und deren Hinterbliebenen mit Wirkung vom 1. Juni 1919 ab lau-



München längs der Wärm und Unper bis zum Starnberger und Ammersee vorgeschoben und Gaubing, Starnberg, Herzogenberg, Ebersfeld ihnen auch Kaufbeuren, Schongau, Penzberg und Kochel in die Hände. Ein spartanischer Angriff auf Garmisch-Partenkirchen wurde von der Garmisch-Partenkirchen abgelehnt. Landsknecht wurde wieder von Negierungstruppen besetzt.

Die Läden sind geschlossen. Die Hausknechte der Sparta-Listen dauern an. Offiziere, die sich von den Spartalisten anwerben lassen, erhalten ein Handgeld von 15 000 Mark und ein Monatsgeld von 3000 Mark, Unteroffiziere ein Handgeld von 3000 Mark und 1000 Mark Monatsgeld.

Der Münchener Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ meldet vom 27. April abends: Am dem in den Staatskassen und Banken der Münchener Räterepublik herrschenden vollkommenen Mangel an Zahlungsmitteln abgeholfen, erging heute die Verfügung, daß sämtliche Tageseinnahme der großen Betriebe, wie Fabriken, Kaufhäuser, Theater, Kinos, Kaffees und der großen Gaststätten, täglich durch die Betriebsräte im Beisein der Besitzer auf den Konten einzuzahlen sind, wo die Beträge gutgeschrieben werden.

Außerdem sind sämtliche Wohnungs- und Pachtzinsen durch die Haus- und Grundbesitzer vom 1. bis 10. Mai auf das Konto einer Bank einzuzahlen und die vierteljährlich oder halbjährlich zu zahlenden Zinsen bis fünfzig monatlich einzufordern. Die Bankinstitute werden angewiesen, allen Geldverkehr bargeldlos durchzuführen; bares Geld kann nur in äußersten Fällen abgeholt werden. Sämtliche Betriebsräte haben das Recht, ohne Wissen der Besitzer oder der Betriebsleitung Einsicht in die Bankkonten zu verlangen.

In Nürnberg wurde eine Versammlung der Mehrheitssozialisten von Unabhängigen und Kommunisten geistert. Die Hauptführer der Unabhängigen in Nürnberg, der Vorsitzende des Landesvorstandes, Dr. Freund, der Gausekretär Peter und die gesamte Gewerkschaftskommission wurden verhaftet. Der Spartakusführer Schmitt, der sich seiner Festnahme widersetzt haben soll, wurde erschossen, sein Sohn schwer verwundet. Sonnabend tauchten auf den Straßen bewaffnete Zivilisten und Matrosen auf. Es kam zu einem Zusammenstoß mit einer Regierungspatrouille, die den Zivilisten die Waffen abforderte. Bei der entstandenen Schießerei wurden ein Matrose getötet und mehrere Zivilisten verwundet. Das Generalkommando kündigt rücksichtsloses Eingreifen an.

Die Machtprobe, die die Nürnberger Kommunisten angekündigt hatten und die zur Ausrufung der Räterepublik in Nürnberg führen sollte, ist völlig zu deren Ungunsten verlaufen. Das Generalkommando hat im entscheidenden Augenblick eine so starke militärische Macht entfaltet, daß die Kommunisten selbst mit der Möglichkeit eines Sieges nicht mehr rechnen konnten. Die Nacht und der Sonntag sind vollkommen ruhig verlaufen.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

### In die sozialistischen Lehren!

Wer den Sozialismus fordert, muß ihn bauen. Jeder kommt und helfe dazu. Die gesamte Volkswirtschaft ist umzustellen. Mit dem Werkbetriebe ist der Anfang zu machen. Die Sozialisierung muß herausgearbeitet sein, allüberall, in allen Betrieben.

Ihr Techniker alle, die Ihr sozialistisch denken und empfinden gelernt habt, meldet Euch ohne Zögern zu einer großen Arbeitsgemeinschaft, die der Durchführung der Sozialisierung dienen soll! Jeder nach seinen Kräften. Wir brauchen alle, die reinen Willens sind!

An Euch Technikern liegt viel. Zeigt Euch des großen Augenblicks würdig. Ersetzt der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Techniker bei!

Genossen der Technik, Genossen der Weltanschauung, tretet an, greift mit uns zu, richtet den Keim der Wirtschaft auf! Und weil Ihr betriebliegend produziert, aber schwerlich betriebliegend sozialisiert, laßt, so sollen allermählich Arbeitsstellen für Sozialisierungsingenieure errichtet werden. Wer näheres über diese hören will, richte eine Anfrage an uns.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Techniker. Geschäftsstelle: Berlin-Steglitz, Hohenzollernstraße 6.

## Italien.

Revolutionsstimmung im Meer. Nach zuverlässigen Pressemitteilungen aus Chiasso bestätigt es sich, daß auch innerhalb der italienischen Armee eine immer stärker revolutionäre Strömung sich geltend macht. Über 10 000 Mann der Mailänder Garnison mit ihren Offizieren an der Spitze erklärten, demnächst mit den Sozialrevolutionären gemeinsame Sache machen zu wollen. Sie fordern einen sofortigen Verzicht auf die Kriegsziele, da sie nicht gewillt seien, neuerdings für den Imperialismus ins Feld zu ziehen, ferner Absetzung des Königs und Ausrufung der sozialistischen Republik.

## Frankreich.

8-Stunden-Tag. Der Senat genehmigte das von der Kammer angenommene Gesetz über den 8-stündigen Arbeitstag. Ein Manifest Sabat zu Wilson. Der sozialistische Führer Marcel Sabat veröffentlicht ein Manifest, worin er dem Präsidenten Wilson eine Reihe von Fragen vorlegt. Sabat fragt a. a.: Warum, Herr Präsident, haben Sie so lange gewartet? Das Volk hat den Klang Ihrer Stimme vergessen und war durch das lange Warten entmutigt und verzweifelt. Wie viele Gräber hatten Sie inzwischen zur Intervention! Sehen Sie nicht, daß dauernd Armeen wieder neu geschaffen werden, trotz Ihres Versprechens? Warum haben Sie nicht eher an das Gewissen der Völker appelliert? Haben Sie nicht das Interdiktum des Generalstimmens der alliierten Armeen geleistet, von dessen Echo die Zeitungen vollgepfunden haben? Haben Sie keine ganze Bedeutung nicht ergriffen und nicht erkannt, daß es unzulässig ist, dauernd mit anzuhören, welche Garantien für die Abgrenzung verlangt werden, ebenso wie die Ansprüche zu vernehmen, die Italien erhebt? Endlich haben Sie gesprochen und sich direkt über die Köpfe der Regierungen hinweg an die Völker gewandt. Warum Sie fort, Herr Präsident, sprechen Sie wieder! Lassen Sie uns Ihre Befehle und alle Widerstände, denen Sie begegnen, mit und lassen Sie Ihre Stimme deutlich in der Stille des Landes erklingen.

## Belgien.

Nach ein Frauenwahlrecht! Das neue belgische Wahlgesetz soll auch eine Art von Frauenwahlrecht bringen. Aber nur ein höchst unvollständiges und beschränktes. Nach Artikel 2 des Gesetzesentwurfes sollen zur nächsten Erneuerung der gesetzgebenden Körperschaften — also nur zu dieser einen Wahl — zugelassen werden, die Witwen oder die Mütter im Kriege verwundener Soldaten, die Mütter aber nur, wenn sie ihrerseits Witwen sind. Ferner die Wüer von im Kriege Erregenen

oder sonst zu Tode gekommenen Zivilisten, gegebenenfalls auch deren Mütter, und schließlich die Frauen, die während der feindlichen Besetzung aus patriotischen Beweggründen Gefängnisstrafe oder Schutzhaft erlitten haben. — Es ist klar, daß man die Frauen vom Kriegsschicksal besonders hart getroffenen Frauen das Wahlrecht nur gegeben hat, um populären Stimmungen entgegenzukommen. Dabei hat Belgien doch wohl in allen seinen Teilen schwere Kriegsnot durchgemacht. Aber ist es nicht überhaupt ein Widerspruch, das Wahlrecht gerade der Frauen besonders auf den Krieg zu gründen?

## Ungarn.

Uebertritt tschechischer Truppen. Aus Budapest wird gemeldet, daß an der Demarkationslinie zwei tschechische Bataillone zu den ungarischen Räteruppen übergegangen sind. Auch in der Slowakei haben tschechische Truppen gemeuert und ihr Munitionsmagazin in die Luft gesprengt. Andere tschechische Truppen beschloßen, abzurücken; jeder mehr als 30 Jahre alter Mann kehrt in die Heimat zurück. Die Budapestener tschechische und slowakische sozialistische Exilunion begrüßte diese Vorgänge natürlich mit Jubel.

Die Lage in Budapest. Die B. P. N. berichten: Der rote Terror in Budapest ist ständig in Zunahme begriffen. Aus der anderen Seite macht sich eine sehr lebhaftige Furcht vor einem baldigen Ausbruch der Gegenrevolution bemerkbar, die bereits zur Verhaftung zahlreicher Bürger, angeblich mehrere Tausend, geführt hat. Unter den neuerdings festgenommenen Geiseln befiel sich auch der bekannte Politiker Graf Albert Apponyi und viele Frauen. In den Kreisen der Wachmannschaften und vieler unzufriedener Arbeiter hält man den Ausbruch der Gegenrevolution für bevorstehend.

## Bulgarien.

Die republikanische Bewegung. In Sofia ist eine lebhaftige Agitation gegen den König Boris am Werke. Die Sozialisten und die Führer der Bauernpartei haben große Volksversammlungen zugunsten der Republik veranstaltet. Andere Parteien fordern eine Monarchie mit einem englischen Prinzen als König. Eine kleine Minderheit setzt sich zugunsten einer Vereinigung mit dem jugo-slavischen Staats ein. Die Franzosen sind bemüht, diese Bewegung zu unterdrücken. Der General Christin, der oberste Kommandierende auf dem Balkan, hat nach der Besetzung von Sarajevo nunmehr die Okkupation auch auf eine ganze Reihe anderer bulgarischer Städte ausgedehnt.

## England.

Der Lord in der Arbeiterpartei. Einer der reichen Magnaten Englands, Lord Kimberley, hat sich der Labour Party angeschlossen. Bei der Eröffnung des neuen Arbeiterinstituts in Wymondley erklärte er in einer Rede, daß er nicht dafür könne, daß er als Lord geboren sei. Er sei trotzdem ein guter Demokrat und hoffe, daß die Arbeiterpartei bald die Regierungsgewalt erlangen werde.

Wahlkündentag und Minimallohne. Der Mitarbeiter der „Times“, der die Arbeiterfragen behandelt, erklärt, daß nach der Zustimmung der gemischten Kommission der nationalen Industriekonferenz dieser Tage mitgeteilt wurde, daß die Regierung bereit ist, unergänzt einen Gesetzentwurf über einen allgemeinen Achtstundentag dem Parlament vorzulegen und schnell Schritte zu unternehmen, um die Minimalarbeitslöhne in allen Industriezweigen einzuführen.

## Kleine politische Mitteilungen.

Der Leipziger Arbeiterrat erklärt das Zustandekommen der Messe für gefährdet, wenn der Belagerungszustand nicht aufgehoben wird.

Die Berliner Gaswerke wollen ihre Betriebe schließen, wenn die Drohung nicht zurückgenommen wird, daß sie für den Bezug von Waren im Schlichthandel mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft werden würden. Sie sagen, daß eine andere Möglichkeit des Warenbezuges überhaupt nicht bestehe.

In Braunschweig machten die Bürgerlichen den Landtag beschlußunfähig, weil eine rein sozialistische Koalitionsregierung gebildet werden sollte.

Die württembergische Landessammlung nahm die Verfassungsurkunde des freien Volksstaates Württemberg mit 128 gegen neun Stimmen in dritter Lesung an. Dagegen stimmten sechs Mitglieder der bürgerlichen Parteien und drei Mitglieder der Unabhängigen.

# Die Arbeiterratswahl.

## Eine sozialdemokratische Mehrheit.

Nach den stürmischen Auseinandersetzungen zwischen unserer Partei und den U. S. P. resp. den Kommunisten und nach der mit Hochdruck betriebenen Agitation der letzteren zur Arbeiterratswahl mußte man den Ausgang der Wahlen mit größtem Interesse entgegensehen. Es war eine Kräfteprobe! Sie ist zugunsten der Mehrheitssozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ausgefallen. Von den 88 zu vergebenden Mandaten entfielen auf die Liste der Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften

43.

43. Sie hat also die Mehrheit. Die Unabhängigen erhalten 8, die Kommunisten 3 und der Seemannsbund 1 Mandat. Dieses Resultat zeigt, daß die große Mehrheit der Lübecker Arbeiterschaft nicht gewillt ist, den kommunistisch-unabhängigen Phrasen zu folgen; sie hat sich die tüchle, klare Ueberzeugung bewahrt und weiß, daß man die sozialistische Wirtschaftsordnung nicht von heute auf morgen, sondern nur im organischen Aufbau — den man selbstverständlich nach Möglichkeit beschleunigen muß — durchzuführen kann.

Bemerkenswert ist an dem Wahlergebnis ferner, daß die von den Demokraten und Deutschnationalen — also den größten Reaktionskräften — unterstützte Liste des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände trotz intensiver Agitation und Wahlkämpfer nur noch 2600 Stimmen auf sich vereinnigt haben. Viele Herrschaften hatten im Hinblick auf die Resultate anderer Städte ihre Hoffnung auf die Freiwahlgeheften, auf die Beamtinnen und -geheften gesetzt. Sie sind enttäuscht worden; die Mehrheit der Angestellten hat erkannt, daß ihre Interessen am wirkungsvollsten von der sozialdemokratischen Mehrheitspartei gewahrt werden.

Die Wahlbeteiligung hätte wohl noch eine regere sein können. Rechnet man mit 35—40 000 Wahlberechtigten, dann haben nur etwa 50 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Viele sind der Wahlurne ferngeblieben; mancher Arbeiterkreise hat sich auch angesichts der Stürme eine gewisse Gleichgültigkeit bemächtigt. Sie haben diese zerfleisenden Kämpfe satt. Das ist natürlich entschieden zu verurteilen. Es ruht nun aber einmal nichts; wir müssen die Kämpfe ausfechten, so schmerzhaft das uns allen auch ist.

Von den 18 370 abgegebenen Stimmen erhielten:

Liste	Stimmen	Mandate
Liste 1 (Lazarettangehörige)	88	0
Liste 2 (U. S. P.)	1998	9
Liste 3 (Seemannsbund)	151	1
Liste 4 (Spartakisten)	730	3
Liste 5 (Beamtenbund)	1869	8
Liste 6 (Gewerkschaftsbund kaufm. Angestelltenverbände usw.)	3653	16
Liste 7 (Soz. Partei u. Gewerkschaftskartell)	9841	43

In den einzelnen Wahlkolonnen stellt sich das Resultat wie folgt:

Wahlkolonne	Soz. Partei (Kartell)	U. S. P.	Seemannsbund	Spartakisten	Beamtenbund	Gewerkschaftsbund kaufm. Angestelltenverbände usw.	Andere
	7	1	2	3	4	5	6
1. Mühlhammer, Mariegrube	551	—	111	4	69	63	217
2. Fiedenhagen, Schüsselbuden	348	—	68	29	75	67	245
3. Burge-Rabenstraße	498	—	104	40	41	25	69
4. I. Raben-Mittelschule	658	2	147	11	76	58	129
5. 3. Raben-Mittelschule	409	1	79	9	38	57	212
6. 1. Mädchen-Mittelschule	400	3	24	6	50	63	220
7. Falkenburg	812	—	38	1	6	229	271
8. Gesellschaft St. Jürgen	226	—	8	—	5	198	88
9. Adlerhorst	315	9	72	1	17	34	21
10. Kolliseum	392	2	21	2	7	114	360
11. Reuterweg	318	—	72	3	21	97	175
12. 5. St. Lorenz-Mädchensch.	862	—	182	2	43	215	204
13. Sadoma, Fadenb. Allee	517	—	108	1	24	72	97
14. St. Lorenz, Schwart. Allee	442	—	94	1	16	180	172
15. St. Lorenz-Regelballe	574	—	105	9	37	60	123
16. Ludw. Park, Schwart. Allee	457	1	74	2	33	84	82
17. 6. St. Lorenzsch. Schw. Allee	405	—	66	3	19	32	78
18. Heil. Stadt, Jtr. Allee	276	17	43	17	19	90	258
19. Neu-Sauerhof	318	8	102	5	54	41	50
20. Groß, Roonstraße	394	—	52	2	24	59	92
21. Travemünde	94	—	50	2	4	29	91
22. Kolliseum	215	—	178	—	36	6	68
23. Schlutup	353	—	117	2	11	8	61
24. Neßling	292	—	84	—	5	10	5

[9841] 98 [1998] 151 [730] 1869 [3653]

Gewählt sind demnach nach den bisherigen Feststellungen von der Liste des Gewerkschaftskartells und Sozialdem. Vereins:

1. William Bromme, Parteisekretär, 2. Hermann Bumann, Metallarbeiter, 3. Adolf Löwig, Metallarbeiter, 4. Carl Müller, Schaueremann, 5. Heinrich Reimer, Bauarbeiter, 6. Johannes Stilling, Redakteur, 7. Max Mißbach, Brauer, 8. Friedr. Burckhardt, Holzarbeiter, 9. Julius Raumann, Chorführer, 10. Paul Krieger, Bureauangestellter, 11. Wilhelm Neuhurg, Fabrikarbeiter, 12. Hans Stühig, Metallarbeiter, 13. Wilhelm Alwert, Metallarbeiter, 14. Albert Ziehm, Former, 15. Christian Budnik, Metallarbeiter, 16. Joachim Bremer, Gemeindevorsteher, 17. Gustav Knyl, Schlachter, 18. Carl Sandgaard, Tabakarbeiter, 19. Heinrich Tanne, Eisenbahnassistent, 20. Friedrich Mißfeld, Eisenbahner, 21. Hans Tralau, Steinsetzer, 22. August Haut, Handlungsgehilfe, 23. Bernhard Gerwinn, Werkmeister, 24. Anna Blös, Zeitungsausträgerin, 25. Friedrich Krlger, Schneider, 26. H. Salamon, Buchdrucker, 27. Richard Goy, Bäcker, 28. Karl Behrens, Oberpostkassener, 29. Bernhard Beuthling, Müller, 30. Johannes Lange, Postsekretär, 31. Johann Saumann, Kohlenarbeiter, 32. Wilhelm Hamann, Zimmerer, 33. Christian Thies, Wöttcher, 34. Friedrich Postler, Holzarbeiter, 35. Carl Kellmann, Lastdiener, 36. Wilhelm Grundt, Fabrikarbeiter, 37. Wilhelm Planthofer, Zeichner, 38. Emil Knapp, Metallarbeiter, 39. Hermann Benthin, Lagerarbeiter, 40. Fritz Eben, Maurer, 41. Karl Herrmann, Werkarbeiter, 42. Theodor Schneider, Werkmeister, 43. Gottlieb Kunz, Sekretär.

- Von der Liste der Unabhängigen: 1. Karl Koff, Schlosser, 2. Justus Thomas, Glaser, 3. Karl Burmeister, Schiffszimmerer, 4. Heinrich Mundt, Mechaniker, 5. Wilhelm Körner, Magazinangestellter, 6. Paul Löwig, Dreher, 7. Georg Lange, Arbeiter, 8. Pauline Frau Bore, Arbeiterin, 9. Bernhard Stijse, Kraftwagenführer.

- Von der Liste der Kommunistischen Partei (Spartakus): 1. Johann Geier, Gastwirtsgeh., 2. Georg Frank jun., Schiffszimmerer, 3. Hermann Seebach, Schlosser.

- Von der Liste des Deutschen Seemannsbundes: 1. Hans Haase, Matrose.

- Von der Liste des Beamtenbundes: 1. Wilhelm Köster, Gerichtssekretär, 2. Heinrich Zell, Zollanführer, 3. Johannes Klöding, Mittelschullehrer, 4. Wilhelm Dehnen, Oberpostkassener, 5. Felix Solowen, Oberbahnpostvorsteher, 6. Gustav Juth, Techn. Bureauvorsteher, 7. Marie Kolke, Lehrerin, 8. Georg Wagner, Schugmann.

- Von der Liste des Gewerkschaftsbundes: 1. Eduard Schwerfeger, Geschäftsführer, 2. Paul Köcher, Handlungsgehilfe, 3. Ernst Kull, Geschäftsführer, 4. Karl Harms, Profurist, 5. Emma Göz, Kontoristin, 6. Max Thies, Hauptbuchhalter, 7. Theod. Lippert, Bankbeamter, 8. Hugo Rees, Profurist, 9. Karl Schmidt, Zollinspektor, 10. Dr. Julius Hartwig, Direktor, 11. J. Ernst Neuroth, Oberbahnpostvorsteher, 12. Ernst Günther, Hafenmeistergehilfe, 13. Friedrich Hamann, Buchhalter, 14. Johannes Pantke, Pastor, 15. Theodor Korn, Maschinist, 16. Siegfried Brandt, Magazinverwalter.



# Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 28. April.

Der Sozialdemokratische Verein hält morgen, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus seine ordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen die verschiedenen Jahresberichte, Abrechnung, Wahlen und innere Vereinsangelegenheiten. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Gegenstände ist ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erforderlich. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

**Keine Arbeitslosendemonstration.** Der Arbeitslosenrat beabsichtigte hier am heutigen Montag eine Demonstration der Arbeitslosen zu veranstalten, um den Forderungen des spartakistischen unabhängigen Reichserwerbslosen-Kongresses mehr Nachdruck zu geben. Einige dieser Forderungen, die in ihren Wirkungen für unsere ganze Volkswirtschaft verhängnisvoll werden können, haben wir am Sonnabend mitgeteilt. Der weitaus größte und einschneidende Teil der Erwerbslosen will Arbeit; solange ihm solche nicht nachgewiesen werden kann, soll Reich und Staat für ihn in angemessener Weise eintreten. Das muß auch nach unserer Meinung geschehen und dafür wird gekämpft. Wenn aber aus politischen Gründen von gewisser Seite Forderungen erhoben werden, die vor allem Reibungen und Unzufriedenheit hervorgerufen geeignet sind, so müßte auch die große Mehrheit der werktätigen Bevölkerung nicht dafür zu haben sein. Heute morgen fand nun im Gewerkschaftshaus eine Erwerbslosenversammlung statt, die nur schwach, von etwa 250 Personen, besucht war. Von einem kommunistischen Redner wurde, nach unserer Meinung sehr zu unrecht, über die mangelnde Solidarität der Lübecker Arbeiter geklagt und von einem unabhängigen angezogen, durch einen eventuellen Sympathiestreik die Erwerbslosen-Forderungen zu unterstützen. Demgegenüber wurde von einem unserer Parteigenossen darauf hingewiesen, daß die Lübecker Arbeiterschaft es noch nie an Solidarität mit ihren Klassenangehörigen habe fehlen lassen, daß aber die vom sogenannten Reichserwerbslosen-Kongress aufgestellten Forderungen viel zu weit gingen. Eine aus acht Personen bestehende Abordnung wurde schließlich bestimmt, um mit Vertretern des Senats zu verhandeln. Von einem Demonstrationenzug wurde begreiflicherweise abgesehen.

Die Abordnung der Arbeitslosen trat den Vertretern des Senats folgende Wünsche der Arbeitslosenversammlung vor: 1. Erhöhung der Unterstützungssätze um 25 % und Gewährung von Mietzuschüssen. 2. Grundsätzliche Prüfung, ob noch in behördlichen Büros Frauen und Mädchen und sonstige Personen beschäftigt werden, die nicht auf Erwerb angewiesen sind, und Ersetzung dieser Personen durch Arbeitslose. 3. Befreiung der Arbeitslosenunterstützung von der Einkommensteuer. 4. Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Arbeitslosenrates in Höhe von 5 bis 6 Mark. 5. Dauernde Befreiung der Mitglieder des Arbeitslosenrates in dieser Stellung bis zur Beendigung der künftigen Arbeitslosigkeit. 6. Befreiung der Mitglieder des Arbeitslosenrates von der lästigen Abstempelung der Ausweisarten. Durch den Vertreter des Senats und des Arbeitsamtes wurde der Abordnung folgendes eröffnet: Eine bestimmte Stellungnahme zu den vorgebrachten Wünschen sei heute unmöglich, da die Forderungen nicht vorher eingereicht seien. Es werde dem Senat darüber berichtet werden, der dann dazu Stellung nehmen werde. Soweit es sich um Geldbewilligungen handle, bedürfe es auch noch der Zustimmung der Bürgerkammer. Im einzelnen erklärte der Senatsvertreter als seine persönliche Ansicht: zu 1. Gegen die Erhöhung der Unterstützungssätze sprächen starke Bedenken, weil dadurch eine Erhöhung der Löhne herbeigeführt und dadurch wieder die Beschaffung weiterer Arbeitsgelegenheit erschwert würde. Im übrigen müßte diese Frage von Reichswegen geordnet werden. Zu 2. Die gewünschte Prüfung wird schon jetzt vorgenommen. Es wird anerkannt, daß in dieser Beziehung noch Mangel an Raum für Erwerbslose geschaffen werden muß. Zu 3. Die Frage der Steuerbefreiung wird gleichfalls geprüft werden. Die Abordnung wurde darauf hingewiesen, daß ein Steuererlaß gegebenen Falles schon jetzt durch die Steuerbehörde erreichbar sei. Zu 4. Es wurde auf die Bedenken (gegen eine feste Vergütung der Mitglieder des Arbeitslosenrates) hingewiesen. Anerkannt wurde jedoch, daß eine Erstattung von Ausgaben, die den Mitgliedern bei Ausübung ihrer Tätigkeit erwachsen, erfolgen solle, sofern die Tätigkeit im Auftrage oder in Einvernehmen mit dem Arbeitsamte vorgenommen würde. Zu 5. Eine Vermittlung der Mitglieder des Arbeitslosenrates zu Notstandsarbeiten solle nicht stattfinden, wohl aber Vermittlung zu angemessener dauernder Beschäftigung. Zu 6. An der Verpflichtung zur Abstempelung der Ausweisarten müßte grundsätzlich festgehalten werden, Ausnahmen in Notfällen vorbehalten.

Die Allgemeine Detranktanz für den Freistaat Lübeck hielt am Sonnabend ihre ordentliche Ausschlußsitzung ab, die von 14 Vertretern der Arbeiter und 41 Vertretern der Versicherten besucht war. Zunächst wurde über den Verwaltungsjahresbericht und die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1918 berichtet, aus dem wir die wichtigsten Daten bereits veröffentlicht haben. Der Vorsitzende der Kasse, Genosse Körner, gab in seinen kurzen einleitenden Ausführungen einen Überblick über den Stand der Kasse, wies auf den gegen das Vorjahr sehr erhöhten Krankenstand und dessen Ursachen hin und betonte, daß eine Beitragserhöhung nicht mehr zu umgehen sei. In der Aussprache über den Verwaltungsjahresbericht wurden wieder verschiedene Wünsche und Klagen laut. Größere Aufmerksamkeit der Kassenbeamten gegenüber den Mitgliedern oder deren Angehörigen, die auf der Kasse erscheinen, Abkündigung der Kassenanleihe, die von der Kasse gezeichnet war, bessere Vergütung der Ärzte auf die verschiedenen Stadtteile, damit kein Arzt eine fabrikmäßige Behandlung einer zu großen Patientenzahl nötig hätte und ähnliches wurde verlangt. Auch die andere Seite, die jedes Ding hat, wurde demgegenüber beleuchtet. Ein Antrag auf Abkündigung der Kassenanleihe wurde als aussichtslos zurückgewiesen. Von einem Vertreter der Versicherten wurde es kritisiert, daß im Allgemeinen Krankenhause Patienten, die an inneren Leiden litten und oft einen großen Teil der Stadt nicht verlassen hätten, um 5 Uhr wieder geweckt würden, wenn sie vielfach eben eingeschlämmt seien. Weiter wurde für ausreichende Bedeugelegenheit gefordert. Jetzt würden häufig Kranke ins Belegzimmer geschoben. Nach längerer Debatte wurde mit erheblicher Mehrheit beschlossen, daß der Ausschuß ein Ersuchen an die Bürgerkammer richten solle, in dem die Befreiung der verschiedenen Klassen im allgemeinen Krankenhause empfohlen wird. Als Bedenken dagegen wurde besonders hervorgehoben, daß gegenwärtig die Kranken erster Klasse der Stadt einen finanziellen Vorteil bringen und daß sie für die Heranziehung tüchtiger Ärzte zum Dienst am Krankenhause von großer Bedeutung seien. Der Verwaltungsjahresbericht und die Rechnung wurden einstimmig genehmigt. Auf Antrag des Vorstandes wurde darauf der Beitrag von 4 % Prozent auf 5 1/2 % Prozent des letzten Grundlohnes erhöht. Zu einer Aussprache gab die Aenderung der Dienstordnung Veranlassung, durch welche zunächst probeweise auf ein Jahr die stehende durchgehende Dienstzeit für die Kassenangestellten eingeführt wird. Von Vertretern der verschiedenen Klassen wurde angeführt, daß auch die gewerblichen und industriellen Arbeiter mit ähnlichen Forderungen an die Unternehmer heranzutreten müßten, da alle die Gründe, die für die Angehörigen der Kasse und Beamten angeführt sind, für sie mindestens in gleichem Maße zuträfen. Genehmigt wurde weiter der neue Verträgevertrag, der den Ärzten eine Erhöhung ihrer Honorare um 25 bis 50 Prozent bringt. Unter „Sonstige Kassenangelegenheiten“ machte der Kassenvorstand Mitteilung davon, daß den Kassenangestellten wieder ähnliche Teuerungszulagen wie den städtischen Angestellten bewilligt worden seien.

Die Freiwilligentrupps, die leider infolge der schweren und mühen Vorkommnisse in Berlin und anderen deutschen Städten und der noch andauernden Hitze gegen die Reichsregierung und die Sozialdemokratie eine Notwendigkeit sind, haben begreiflicherweise

die schärfste Mißbilligung der Spartakisten, die in ihnen mit Recht die stärkste Abwehrmaßnahme ihrer volksfeindlichen Bestrebungen erblicken. Auch hier in Lübeck hat eine stark geladene Versammlung der Spartakisten durch Resolutionen, die nur von wenigen verstanden wurden, die Freiwilligen in Acht und Bann getan. Dabei wurde auch mit einem Beschlusse getrieben, welche Inzereien zur Anwerbung von Freiwilligen bringt. Da die Spartakisten wohl meist Tölpel und Unbegreifliche, arbeiterfeindliche Bestrebungen sind, so könnten sie am Ende durch einen solchen Beschluß um seine bisherige geistige Kraftquelle kommen. Zur Freiwilligenlektion bemerkte der „Vorwärts“: „Wäre es allenfalls noch zu begreifen, wenn die letzten Vorgänge und ihre hegerischen Ausschläge, überhitzten Köpfen solche Beschlüsse eingaben, so ist das von überlegten Leuten, Vertrauenspersonen, Rednern und — Einbläsern zu fordern, daß sie dies dabei nicht vergessen: Einmal, daß die Freiwilligen zuerst ausschließlich zum Grenzschutz deutschen Landes gegen fremde nationale Vergewaltigung also zur Verteidigung des Willkürlichen Programms gegründet wurden. Die Zweckbestimmung hat neben den materiellen Vorteilen und der gesicherten Ernährung zahlreiche Arbeitslose veranlaßt, sich anzuschließen. Sollen die nun mit lebenslänglicher Arbeitslosigkeit bestraft werden von Leuten, die die allgemeine Arbeitspflicht als einen ihrer Hauptgrundsätze ausgeben? Zweitens: Die Folge würde sein, daß die „wie die Zeit Gemiedenen“ natürlich in eine Wut gegen die organisierte Arbeiterschaft hineingetrieben werden. So schafft man eine arbeiterfeindliche Prätorianergarde. Und drittens: Welch elende Spitzelerei würde das ganze Leben der Arbeiterklasse verurteilen, wenn jedem, der Arbeit sucht, erst nachgeforscht werden soll, ob er nicht einmal Freiwilliger gewesen ist! Ist die Züchtung ecken Denunziantentums ein Ziel der wackelhaften Resolutionsen? Waren nicht gerade auch manche der heftigen Spartakisten einstige begeisterte Kriegserwillige!“

Wer, wie wir, die baldige Beseitigung der Freiwilligentrupps erstrebt, der kann dies Ziel nur erreichen, wenn die Gründe, aus denen sie jetzt noch notwendig sind, aus der Welt zu schaffen sucht. Und die Spartakisten und ihre Freunde liefern diese Gründe.

**Zur Wohnungsfrage.** Neben den erheblichen Mitteln, die vom Staate zur Herstellung von Wohnungen in neuen Gebäuden bereits bewilligt und zum Teil schon verwendet worden sind, hat sich die Behörde für Wohnungsfrage bisher 80 000 M. bewilligen lassen, um die Einrichtung neuer Wohnungen in vorhandenen privaten Gebäuden zu fördern. Von der genannten Summe sind bisher in 28 Fällen rund 19 500 M. als nicht zurückzahlende Beihilfen und rund 20 400 M. als Darlehen bewilligt worden, womit 36 neue Wohnungen geschaffen wurden. Weitere Beihilfen und Darlehen im Betrage von zusammen rund 37 000 M. zur Einrichtung von 20 Wohnungen sind bereits in Aussicht gestellt worden. Anträge für solche Beihilfen und Darlehen sind an die Behörde für Wohnungsfrage Mengstraße 23 I zu richten.

Die Preise für diesjährige Frühkartoffeln sind nach einer Verordnung des Reichsernährungsministers im wesentlichen wie im Vorjahre folgendermaßen geregelt: Der Grundpreis beträgt im Monat Juli 8 Mark für den Zentner. Er kann aber, um den großen Preisverhältnissen innerhalb der einzelnen Anbaugebiete in der Ergebenheit und in der Reifezeit der Frühkartoffeln gerecht zu werden, durch die Landes- und Provinzialkartoffelstellen nach den Verhältnissen in ihrem Umkreis mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle wiederum erhöht werden, und zwar in Abweichung von der Regelung des Vorjahres bis zur Höchstgrenze von 12 M. für den Zentner. Im August und September ist sodann der Preis durch die genannten Stellen auf den demnächst festzusetzenden Preis für Herbstkartoffeln zu setzen.

**Kantontaktische militärärztliche Zeugnisse über Zulassungsmittel für Kriegsbeschädigte.** Die Kriegsministerien von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg haben auf eine Anregung des Reichsausschusses der Kriegsschadigtenkassen hin die ihnen unterstellten Militärärzte angewiesen, Kriegsbeschädigten, die gelegentlich einer dienstlich angeordneten Untersuchung von Ausfertigung von Bescheinigungen über die Notwendigkeit von Lebensmitteln nachzugehen, solche Zeugnisse merktlich auszustellen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß der Kriegsbeschädigte wegen seines Gesundheitszustandes solcher Zulagen bedarf.

**Für Militärrentenempfänger.** Die Empfänger von Heeres-, Marine- und Schutztruppenbezügen werden erneut darauf hingewiesen, daß die Renten am Fälligkeitstage, — 29. April — abgehoben sind.

**Gewinnübersicht der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft.** In der Generalversammlung waren 420 Aktien vertreten. Der Nettogewinn von 855 264 70 Mark wird wie folgt verteilt: 4 % Dividende auf 4 800 000 Mark altes Aktienkapital, 1/2 % Dividende auf 3 500 000 Mark am 1. Juli 1918 mit 25 % des Nominalbetrages eingezahltes junges Aktienkapital und als Vortrag auf neue Rechnungen 165 764 70 Mark. In der Aufsichtsratsneuwahl wurde Oberingenieur Schröder-Griedenow.

**Fingerte Fuderstiehlwägen.** Es war hier bekannt geworden, daß hier 200 Zentner Fuder lagern sollten, die auf dem Schleifhandelswege veräußert werden sollten. Durch angelegte Nachforschungen wurde festgestellt, daß dieser Fuder tatsächlich von Hand zu Hand verhandelt war. Die Verkäufer und Käufer des Fuders, 9 an der Zahl, wurden vorläufig festgenommen. Es zeigte sich später aber, daß es sich nur um Schwindelhandeln handelte, denn von dem Fuder fehlte jede Spur. Die in Betracht kommenden Fuderfreunde hatten daher ihre Leichtgläubigkeit mit einem zeitigen unfreiwilligen Aufenthalt im Marksaalgefängnis zu büßen.

**Wilde Blumenhändler.** Am Sonnabend, dem 26. ds. Mts., erregten zwei gut gekleidete Männer die Aufmerksamkeit zweier Kriminalbeamten, als erstere zwei große Koffer durch die Rechte tragen. Die Koffer wurden revidiert und es zeigte sich, daß sie in denselben mehrere Blusen und sonstige neue Damenkleidungsstücke trugen, die sie hier verkaufen wollten. Eine sofort vorgenommene Durchsuchung der Wohnung des einen an der Hauptmohndorfer Koffereigentümers förderten noch weitere 320 Blusen, 25 Damenmäntel, 15 Damenkleidungsstücke und diverse Damenkleidungsstücke. Beide Angehaltenen wollten die Kleidungsstücke von einem in Hamburg wohnhaften Kaufmann erworben haben. Als dieser hier am Sonnabend nachmittag mit der Bahn von Hamburg ankam, um Geld für die Kleidung zu holen, wurde er festgenommen. Inzwischen war hier festgestellt worden, daß sämtliche Kleidungsstücke mittels Einbruches aus einem Konfektionsgeschäft in Hamburg, Steinbäum, gestohlen sind. Die Gehele wurden festgenommen. Hoffentlich gelingt es auch bald, der Einbrecher habhaft zu werden.

**Wegen Diebstahl eines Treibriemens** festgenommen wurden gestern zwei Metallarbeiter aus der Möncke- bzw. Krähenstraße, die gemeinschaftlich in einer hiesigen Fabrik, wo sie als Dreher beschäftigt waren, einen 5 m langen und 10 cm breiten Treibriemen von einer Maschine schneiten und diesen zu verkaufen suchten.

**Travemünde.** In einer gut bestückten Volksversammlung sprach am Freitag Genosse Dreyer (Lübeck) über die Arbeiterwahlen, deren Bedeutung er in überzeugender Weise darlegte. Gelingt es, unser Wirtschaftsleben wieder aufzurichten, können wir bald wieder normale Zustände. Gelingt es nicht, die Grundlage der sozialistischen Republik, die Produktivität auszuhebeln. Auf der Basis des Gegebenen müssen wir vorwärts streiten. Auch die Unabhängigen und Kommunisten können uns nicht mehr Lebensmittel schaffen. Aufbau ist heute die erste Notwendigkeit in unserem Staate. Nach dem Vortrage legte eine lebhafte Diskussion ein, an der sich Unabhängige und Kommunisten beteiligten und die dem Referenten Gelegenheit zu fruchtbarer Entgegnung gaben. Die Genossen Müller und Feldmann hoben die Unzufriedenheit in Travemünde über die Lebensmittelverteilung hervor und forderten energisches Durchgreifen im Allgemeininteresse. Genosse Feldmann kritisierte ferner die behauerische Lässigkeit, daß Travemünde nicht im Arbeiterrot vertreten ist. Polizeirat Kippert erklärte, jedermann für Ab-

schaffung von Mißständen einzutreten. Genosse Dreyer erklärte, es dürften keine Sonderbelieferungen für Kurgäste stattfinden.

**Kiel.** Als politischer Redakteur der „Volkszeitung“ ist der Genosse Artur Wolkenbühr aus Eiderstedt neu eingetreten. Genosse Wolkenbühr hat in der Arbeiterbewegung und Partei von der Wiege auf gedient. Zwölf Jahre lang gehörte Genosse Wolkenbühr der Redaktion der Eiderfelder „Freien Presse“ an, zuletzt als leitende Kraft. Drei Kriegsjahre mußte er in Weifen verbringen. Genosse Wolkenbühr steht im 41. Lebensjahre.

**Wilhelmshaven.** Neues Minenunglück in der Nordsee. Wie die Marinezeitung meldet, ist ein Hamburger Fischdampfer etwa 30 Seemeilen westlich von List auf eine Mine gelaufen und gesunken. Die 11 Mann starke Besatzung ist durch einen in der Nähe befindlichen Fischdampfer gerettet und in List gelandet worden.

**Bremen.** Verkehrsaufnahmen. Die Lage beginnt sich allmählich zu klären und die Arbeiterschaft kehrt fast ausnahmslos zur Arbeit zurück. Die Straßenbahn verkehrt heute wieder auf allen Linien. Der Streitabwehr-Ausschuß hat beschlossen, von der Erneuerung seiner Maßnahmen vorläufig abzusehen. In der westlichen Vorstadt hielt während des gestrigen Tages die Ruhe an. Die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte hat wesentlich dazu beigetragen, daß es zu Ausschreitungen der Spartakisten nicht gekommen ist. Die Sonnabend-Tagung der Bremischen Nationalversammlung währte von 10 Uhr vormittags bis 10 1/2 Uhr abends und nahm wieder einen stürmischen Verlauf. Der Regierung wurde das Vertrauen ausgesprochen. Der verhängerte Belagerungszustand bleibt noch bestehen. — Eröffnen. Am Sonnabend vormittag wurde in der Brückstraße vor dem Gewerkschaftshaus versucht, einen Wagenführer der Straßenbahn herunterzureißen. Regierungstruppen traten dazwischen, der Angreifer ergriff die Flucht und wurde, als er auf mehrmaligen Ruf nicht stehen blieb, erschossen. Die städtischen Müllwagen wurden von den Streikenden zur Umkehr gezwungen. Da die Bäckereien Mangel an Waren hatten, kam es bei dem Ansturm der Käufer zu unlieblichen Auftritten. Es wurden Ladenfenster zertrümmert und starke Aufgehobe der Stadtwache mußten die Geschäftsinhaber schützen. Mittags ertönte neuer Alarm.

## Theater und Musik.

Die „Matthäische Volkszeitung“ brachte Sonntag nachmittag im Hansa-Theater Kith Stavonhagens, des frühverstorbenen hochbegabten niederdeutschen Dichters wirkungsvolles Drama „Auld Reekie“ durch die Hamburger Gesellschaft für dramatische Kunst zur Aufführung. In Lübeck ist dieses prächtige Stück in dem die feine, lebenswahre Charakterzeichnung der ewig nadelnden empfindungslosen alten Frau, der es niemand recht machen kann und die jeden quält und verletzt, besonders gelungen ist, wiederholt gegeben worden. Auch gestern erzielte es, dank einer vorzüglichen Wiedergabe, an der die Darstellerin der Titelrolle hervorragend beteiligt war, starke Eindrücke.

Im Stadttheater sang Sonntag abend im „Tannhäuser“ ein Amvortier auf das Hoch des serien Basses, Herr J. M. von Harms, den Thüringer Landgrafen. Sein Organ scheint groß und besonders nach der Höhe ergiebig; es klingt auch mächtig und angenehm. Die Anstellung des Sängers, über dessen künstlerische Fähigkeiten die Partie allerdings keinen Aufschluß zu geben vermag, könnte befürwortet werden, wenn ein zweites Gastspiel besser gute Eigenschaften besäße.

## Neueste Nachrichten.

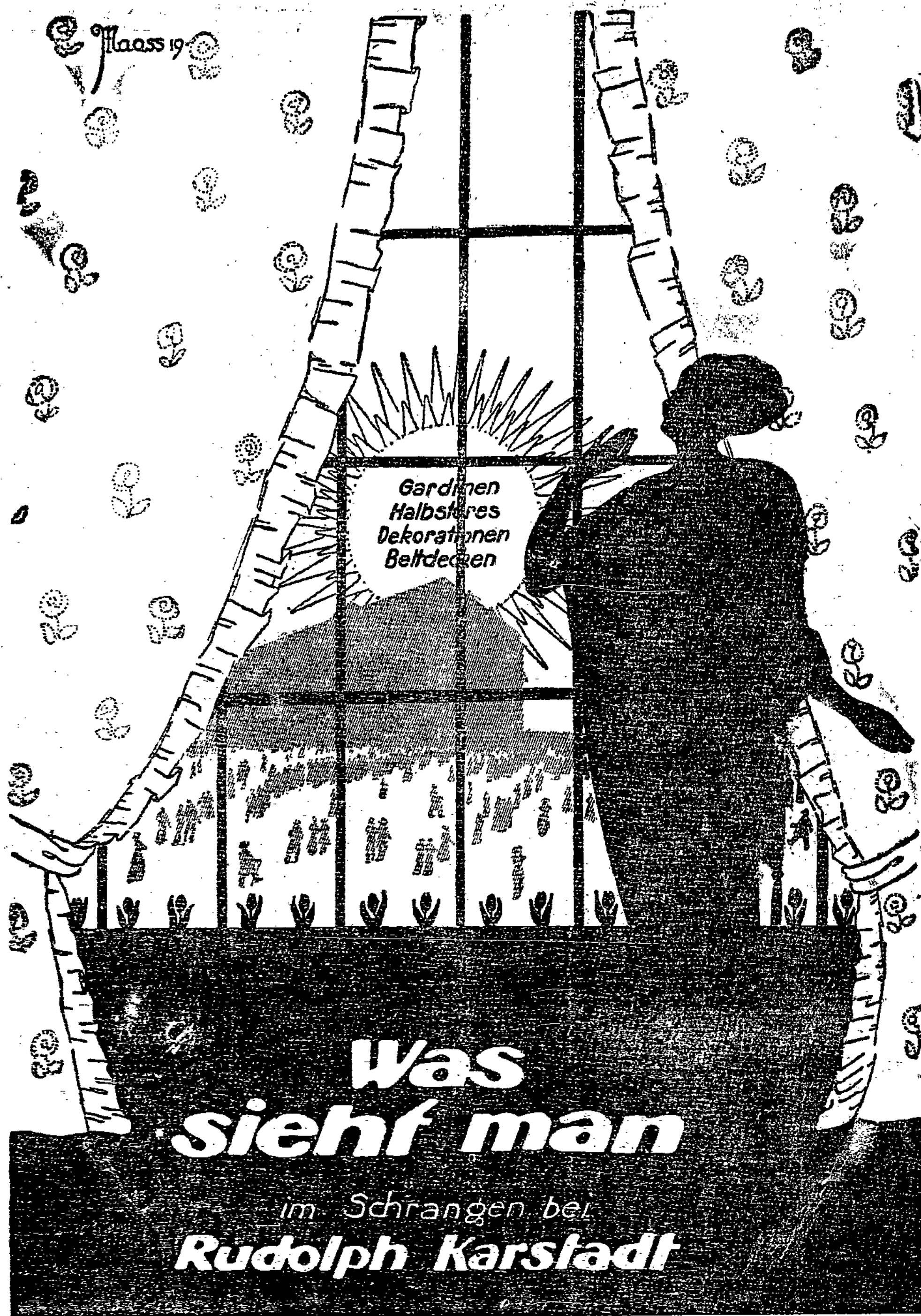
**Demonstrationsversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.**  
Berlin, 28. April. In überfüllter Saale der Unionsbrauerei fand am Sonntag die Berliner Protestversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten statt. In seinem Vizepräsidenten führte Wader u. a. aus: Sämtliche Regierungen haben bisher nur Versprechungen gemacht und deren Ausführungen mit dem Hinweis auf die finanzielle Notlage des Reiches hinausgeschoben. Auf der anderen Seite sehen wir aber, daß wir für andere weniger wichtige Zwecke ungeheure Summen übrig hat. (Zuruf: Kostgarbe!) Die Kostgarbe ist eine politische Notwendigkeit. Auf unsere Forderung nach einem Entlassungszug für alle vor dem 9. November Entlassenen erwidert die Regierung stets, daß kein Stoff vorhanden sei, während man die Freiwilligen Kreis in neuen Uniformen herumlaufen sieht. Auch die Nationalversammlung hat nur seltene Reden und Resolutionen für uns übrig gelassen. Unter scharfer Kritik der bestehenden Verhältnisse gibt Heber die Forderungen des Bundes bekannt. Besonders groß ist die Erregung der Kriegsbeschädigten über die Siedlungspolitik, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß gerade auf diesem Gebiete die Streiks den Kriegsbeschädigten großen Schaden zugefügt haben. Die Hauptschuld an diesen Zuständen trägt aber die Unfähigkeit der Arbeiterschaft. Heber richtet an die Regierung die Mahnung: Gegenkommen zu zeigen, da die Stimmung schon so erregt sei, daß sich ähnliche Vorgänge wie in Dresden auch hier ereignen könnten. In der Diskussion wurden die Maßnahmen der Regierungen und einzelnen Behörden scharf kritisiert und der Wunsch geäußert, trotz des Belagerungszustandes auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren. In seinem Schlußwort sagte der Referent in bezug auf den drohenden finanziellen Zusammenbruch, wenn der Zusammenbruch kommt, dann soll er kommen. Aber aus der Konjunkturwelle wollen wir zuerst versorgt werden. Zwei Resolutionen fanden Annahme, in denen die Forderungen der Kriegsbeschädigten bis zur endgültigen Regelung der Forderungen aufgehoben werden und die Entmilitarisierung des Rentenwesens gefordert wird. Der Antrag, einen Demonstrationenzug zu veranstalten, wurde mit überreicher Mehrheit abgelehnt.

**Der amerikanische sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat im Gefängnis.**

New York, 28. April. Eugen Debs, der im vergangenen September wegen kriegsfeindlicher Propaganda zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hat jedoch keine Strafe angetreten. Debs, der diesmal sozialistischer Kandidat war, erklärte, daß das Urteil, das ihn getroffen hat, seinen Glauben in die Gerechtigkeit der von ihm vertretenen Sache nur noch gestärkt habe. Wie der „New York Call“ an den Pariser „Populaire“ berichtete, hat Debs beim Austritt seiner Strafe gesagt: „Ich übergebe die Forderungen des Gefängnisses als glühender Revolutionär mit erhöhtem Haupt, ungezügelterm Geiste und unbesiegter Seele.“ — Auch Viktor Berger und zahlreiche andere sozialistische Führer in den Vereinigten Staaten schmachten in Gefängnissen und Zuchthäusern. Die sozialdemokratische Partei hat einen Protestversammlungszug eingeleitet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Berleger: Th. Schmitt, Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.





**Was sieht man**  
im Schragen bei  
**Rudolph Karstadt**

**Nähmaschinen**  
aller Systeme, sowie Fahrräder  
repariert schnell u. z. billig. Preisf.  
**F. Langer, Straßenstr. 27.**  
1478) Telephon 2398.

**Schlafklub - Einkehrklub**  
mit Warmor und Matrosen,  
ungebraucht, preisf. zu vert.  
1474) Wahnstraße 68.

**Sozialdemokratischer Verein**  
Ortsgruppe Moorgarten.

**Maifeier**

am 1. Mai  
im Lokale des Herrn Hermann  
Moorgarten. (1448)  
Hierzu ladet freundlichst ein  
Der Ausschuss.  
Anfang 4 Uhr.  
Eintritt: Herren 8, Damen 1 Mk.

**Internationaler Jugendbund**  
Ortsgruppe Lübeck.

**Große öffentliche Versammlung**  
der arbeitenden Jugend  
im großen Saale Fünfhausen  
Mittwoch, den 30. April  
abends 7 Uhr.

1. Thema:  
**Die soziale Erziehung und die Notwendigkeit derselben für die Arbeiterjugend.**  
Referent: H. Haase.  
2. Freie Aussprache.  
Um das Erscheinen aller wird gebeten. Eltern und Bekannte sind herzlich eingeladen.  
1466) Der Einberufer.

**Hansa-Theater**  
Varieté-Gastspiel  
**Hemberger**  
Donnerstag, den 1. Mai und folgende Tage:  
4 Lius 1455  
2 Rogges  
Eise Gärtner  
Halke und Partner  
Moris  
Hans Hennings  
Bogade Kompagnie  
Heinz Ewers  
2 Auberts  
Margitt und Lehner  
sind Namen, die in d. Artistenwelt erste Stellen einnehmen.

**HANSA THEATER**  
Montag, abends 7.15 Uhr:  
Zum letzten Male!  
**Schwarzwaldmädel.**  
Dienstag: Zum letzten Male!  
**Die Fahrt ins Glück.**  
Operette von Gilbert.  
Mittwoch: Abschiedsvorstellung!  
**Der Juxbaron.**  
Alle ausgegeb. Vorzugskarten verlieren nach dem 30. April ihre Gültigkeit. (1456)

**Stadttheater Lübeck.**  
Spielzeit 1918/19.  
1458  
Dienstag, den 29. April:  
1. Gastspiel von Frau Kammer-  
sängerin Helene Wild-  
brunn vom Staatsopernhaus  
Berlin.

**Fidelio.**  
Fidelio: Kammer-  
sängerin  
Helene Wildbrunn.  
Mittwoch, den 30. April:  
Außer Abonnement.  
**Der Schrittmacher.**  
Donnerstag, den 1. Mai:  
2. Gastspiel von Kammer-  
sängerin Helene Wildbrunn.  
**Tiefland.**  
Martha: Kammer-  
sängerin  
Helene Wildbrunn.

Neu eröffnet!  
**Erste Lübecker Wäsche-Klinik**  
1472) Joh. O. H. G. Krüger, Fleischhauerstraße 27  
empfiehlt sich zum Ausbessern jeglicher Art  
**Wäsche für Damen, Herren und Haushalt**  
bei sauberster Ausführung und mäßigen Preisen. Zutaten werden  
auf Wunsch geliefert. Bestellungen werden abgeholt und wieder-  
ausgestellt. Portofrei genügt.

**Die Nacktheit.**  
Beschränkt freigegeben. 20 verschied. entzückende Akt- und  
Nacktkunst. 20 Karten Mk. 2.—, 100 Karten Mk. 12.50.  
Porto extra. Interessante Bücherliste 30 Bfg. Voreinsen-  
dung oder Nachnahme O. Fischer, Berlin-Kalensee, Mar-  
graf-Albrechtstr. 4. Wochens 52 u. Verlm. (1451)

**Fünfhausen.**  
Dienstag, den 29. April 1919:  
**Großer BALL.**  
Anfang 6 Uhr. (1458) A. W. Neumann.

Ein guterhaltener weißer  
Saker-Mantel zu vert. für Kind-  
er von 3-6 Jahren.  
1447) Gr. Diekm 34.  
Die Gottschalkbücher, Man-  
tel d. Marine-Rübe für zeh-  
njähr. Mädchen, 1 Kapes, Ze-  
schwürde zu vert. (1459)  
Gr. Diekm 11, pt. I.  
Ja kaufen gesucht (1462)  
**im II. Wochens. Bund.**  
Kaufhaus, Erlingstr. 18.

**Uhren-Reparaturen.**  
Billige Preise. - (1452)  
große Auswahl in Wand-, Tisch-,  
Weck- und Taschenuhren.  
Hermann Voß, Uhrmacher,  
Breite Straße 51 u. Hürstraße 71.  
**Ein neues Wintermärchen.**  
Heines Besuch im neuen deut-  
schen Reich der Gottesreich und  
romantischen Sätze.  
Vor der Revolution konfiziert  
gewesen!  
Preis 25 Pfg.  
Buchb. Friedr. Meyer & Co.

**Sozialdemokratischer Verein**  
Dienstag, den 29. April, abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr  
**General-Versammlung**

im Gewerkschaftshaus, großer Saal.  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quartal und Jahresrechnung.  
2. Geschäftsbericht des Vorstandes.  
3. Wahlen nach §§ 7 und 8 des Statuts.  
4. Landespartei- und deutscher Parteitag.  
5. Innere Vereinsangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch der Mitglieder erwartet  
Der Vorstand.  
1450) Das Mitgliedsbuch ist vorzuziehen!

**Unabh. Soziald. Partei.**  
**Außerordentliche Mitgliederversammlung**  
am Montag, dem 28. April 1919, abds. 7 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52.  
Der wichtigen Tagesordnung entsprechend, ist  
vollständiges Erscheinen notwendig.  
1457) Der Vorstand.

Johannisbeersträucher,  
Brombeerpflanzen, Ge-  
müsesamen, Gartensäg-  
u. Messer, Baumwachs  
empfiehlt **Schalm & Wege**  
1467)

**Hausstandslumpen**, Bfund  
12 Bfg. aufwärts, **Stutz-**  
**Pferdhaare**, Bfund 10 Mk.  
aufwärts, **Eisen, Metall, Pa-**  
**pier, Zeitung, Knochen,**  
**Küh-, Mähnen- u. Schweine-**  
**haare** lauft zu höchsten Tages-  
preisen. (1458)  
Tel. 2430. **Waisenhoffstr. 25.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlg.**  
am Dienstag, dem 29. April  
abends 6 $\frac{1}{2}$  Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstr. 50-52.  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quart. 1919  
2. Maifeier.  
3. Kartellbericht.  
4. Stellungnahme zum Gewerkschafts-  
kongress und Aufstellung  
eines Kandidaten.  
5. Innere Verbandsangelegen-  
heiten.  
1465) Die Ortsverwaltung.



## Das Weitertreiben der Revolution.

Von Karl Rautsky.

### II. Der Unterschied von einst und jetzt.

Die bisherigen Revolutionen der letzten Jahrhunderte waren alle bürgerlichen Ursprungs. Da aber die Bourgeoisie für sich allein nur geringe Kampffähigkeit besitzt, wurden alle diese Revolutionen herbeigeführt durch das energischste Eingreifen der unterhalb der Bourgeoisie stehenden Volksklassen, des Kleinbürgertums und des Proletariats. Zunächst bemächtigte sich die Bourgeoisie der Staatsgewalt und wendete sie zu ihren Zwecken an. Das konnte das Kleinbürgertum und das Proletariat nicht befriedigen, die in den revolutionären Kämpfen ihre Kraft kennen gelernt hatten. Sie gebrauchten sie dazu, die Bourgeoisie weiterzutreiben, um schließlich eine den ärmeren Volksklassen ergebene Regierung einzusetzen. Auf diese Weise wurde die Revolution durch den Kampf der Klassen naturnotwendig weitergetrieben und radikalisiert. So folgte auf 1789 der Sieg der Bergpartei; es folgte in Frankreich auf den 4. Septbr. 1870 der 18. März 1871, es folgte 1917 in Russland der Märzrevolution die Novemberrevolution. Daher nehmen die Spartakusleute und ihre Freunde an, auch die jetzige Revolution könne bei ihrer ersten Phase nicht stehen bleiben, sie müsse in eine zweite eintreten, und die könne nichts anderes darstellen als den Sieg der radikalsten Partei, des Spartakusbundes.

Die Spartakisten sollten etwas vorsichtiger sein mit ihrer Methode, frühere und fremde Schablonen unbedenken auf die Jetztzeit und auf Deutschland anzuwenden. Eben haben sie mit dem Bündnis von Russland übernommenen Rufe: „alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten!“ elend Schiffbruch gelitten. Die jetzige Revolution in Deutschland hat ihre eigenen Gesetze.

Von allen bisherigen Revolutionen unterscheidet sie sich dadurch, daß sie schon in ihrem Beginn eine proletarische und sozialistische ist. Sinter dem Proletariat steht jedoch keine weitere unterdrückte und ausgebeutete Klasse, die ihrerseits ein Interesse daran haben könnte, das neue Regime zu stürzen. Eine Klasse, die im Gegensatz zu der augenblicklich an der Staatsmacht befindlichen die Revolution weiter treiben wollte und mußte, fehlte diesmal vollständig. Im Gegensatz zu den früheren Revolutionen kann also dies Weitertreiben der jetzigen Revolution nicht durch einen Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat erfolgen. Jeder Versuch des Weitertreibens der Revolution durch gewalttätigen Sturz der Revolutionsregierung der ersten Phase bedeutet vielmehr einen Kampf innerhalb der revolutionären Klasse selbst.

Zu einem solchen Kampf innerhalb der radikalsten Revolutionspartei, der Bergpartei, kam es auch in der großen französischen Revolution, jedoch erst in einem Zeitpunkt, als jedes Weitertreiben unmöglich geworden war, unmittelbar vor ihrem Zusammenbruch. Im März 1794 wurden die Hebertisten von Robespierre aufs Schafot geschickt, im April die Dantonisten; im Juli kürzte er selbst, und die Gegenrevolution setzte ein.

Beim Weitertreiben der Revolution kann es sich also jetzt nicht um einen Kampf einer unterdrückten gegen eine unterdrückte Klasse, sondern nur noch um einen Kampf verschiedener Methoden und Anschauungen innerhalb derselben Klasse handeln. Damit ist keineswegs gesagt, daß es immer die höchstliegende sein müsse, die die niedriger stehende jurisdiktions, aber auch nicht, daß die radikalere notwendigerweise liegen müsse. Die historischen Erfahrungen lagen über den jetzigen Fall gar nichts, der keine Präzedenzen hat.

Die Unterschiede zwischen den proletarischen Parteien können theoretische sein. So zerfielen z. B. die Mitglieder der Pariser Kommune von 1871 in nicht weniger als vier verschiedene Gruppen. Einmal die Jakobiner, die auf dem Standpunkt der Bergpartei von 1793 stehen geblieben waren, Verfechter der politischen Herrschaft der unteren Volksklassen, aber ohne Interesse für den Sozialismus. Neben ihnen die Blanquisten, die sich von den Jakobinern dadurch unterschieden, daß sie die politische Macht in sozialem Sinne ausüben wollten. Sie hatten aber gar kein bestimmtes sozialistisches Programm und kein Interesse für ökonomische Dinge. Mit den Jakobinern konzentrierten sie sich auf die radikale Republik und die Massenpresse. Ausübung der politischen Macht durch stärkste politische Zentralisation und rücksichtslosen Terrorismus war die Methode, die sie mit den Jakobinern gemein hatten.

Ihnen gegenüber standen die Proud'honisten, die ganz im ökonomischen aufgingen, ihr Augenmerk vornehmlich auf die ökonomische Befreiung des Proletariats richteten und geringes politisches Interesse befaßten. Sie waren Gegner jeder Gewalttat und widerstrebten der politischen Zentralisation in dem Maße, daß sie die Auflösung Frankreichs in einen Haufen selbständiger

Gemeinden forderten. Doch waren die Proud'honisten in den letzten Jahren des Kaiserreichs in einem Wandlungsprozeß begriffen, unter dem Einfluß der Internationalen, der sie angehörten, und ihres vornehmsten Kopfes, Karl Marx. Ein Teil der Internationalisten, die man als eine besondere, die vierte Gruppe ansehen kann, kam den Marx'schen Anschauungen sehr nahe, begriff die Bedeutung der politischen Macht für die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse und sah die Notwendigkeit der Einheitsrepublik ein, innerhalb deren er allerdings an Stelle des Zentralismus die Selbstverwaltung der Gemeinde forderte. Er verwarf den Terrorismus.

Diese Internationalisten bildeten der Zahl nach den schwächsten Teil der Kommune, dabei aber denjenigen, der am eifrigsten arbeitete und die Situation am besten begriff. Auf ihn sind die wirklichen Leistungen der Kommune zurückzuführen; ihn hatte Marx vor allem im Auge, als er in seiner Schrift über den Bürgerkrieg in Frankreich das Wüten der Kommune beschrieb.

Doch nur wenig konnte die kleine Fraktion durchsetzen, und das nur mühsam in stetem Kampf namentlich gegen die Jakobiner und Blanquisten. Die wenigen Wochen der Lebensdauer der Pariser Kommune waren erfüllt von wütenden inneren Kämpfen der drei Fraktionen untereinander, Kämpfen, die zur Auflösung der Kommune nicht wenig beitrugen, in keiner Weise aber ein Weitertreiben der Revolution bewirkten.

Allerdings standen die verschiedenen Fraktionen bei aller Gegenfährlichkeit dem gemeinsamen bürgerlichen Feind geschlossen gegenüber. Sie haben sie einander anders, als mit Worten besetzt, und in den Kampfpositionen, auf die sie gestellt waren, haben sie alle getreu bis zum Ende ausgehalten, ohne Unterschied der Richtung. Das proletarische Klassenbewußtsein erwies sich bei ihnen stärker als alle Gegenläufe der Anschauungen und Methoden.

Heute sind wir theoretisch weiter als damals. Wir stehen alle auf dem gleichen Boden des Marxismus; wir unterscheiden uns im wesentlichen nur durch Verschiedenheiten der Auslegung und Anwendung der gleichen Grundsätze. Die Extreme dabei kann man in der Weise kennzeichnen, daß die einen sich noch nicht völlig von bürgerlichen Denkmätern losgelöst haben und der bürgerlichen Welt noch starkes Vertrauen entgegenbringen, deren innere Kraft sie auch überschätzen. Die anderen wieder stehen der bürgerlichen Welt völlig verächtlich gegenüber, betrachten sie als Hegege von Schurken. Sie mißachten ihre geistigen und ökonomischen Leistungen und glauben, die Proletarier vermöchten ohne jedes Fachwissen und ohne jegliche Vorbereitung sofort alle politischen und ökonomischen Funktionen zu übernehmen, die von den bürgerlichen Gewalten bisher ausgeübt wurden.

Zwischen diesen beiden Extremen finden wir diejenigen, die die bürgerliche Welt studiert und begriffen haben, die ihr selbstständig und kritisch gegenüberstehen, aber auch ihre Leistungen zu würdigen wissen und die Schwierigkeiten der Aufgabe, sie durch eine höhere Ordnung zu ersetzen, erkannt haben. Dieses marxistische Zentrum muß ebenso auf der einen Seite die Jaghaften ansporner, die Vertrauensseligen zur Kritik aufrufen, wie es auf der andern Seite das blinde Draufloskürmen der Unwissenden und Gedankenlosen zu zügeln hat. Es fällt ihm die widerspruchsvolle Aufgabe zu, gleichzeitig vorwärts zu treiben und zu bremsen.

Diese drei Tendenzen sind es, die innerhalb des Proletariats mit einander ringen. Mit Klassenunterschieden und Klassengegenständen haben sie gar nichts zu tun, und es liegt nicht die geringste innere Notwendigkeit vor, daß gerade die am entschiedensten vorwärts treibende liegen muß, und schon gar nicht die Notwendigkeit, daß sie die höchste Form der Bewegung darstellt.

Im Gegenteil. Das Zentrum wird am ehesten intellektuell am höchsten stehen. Freilich ist damit nicht gesagt, daß es sich in der Revolution siegreich behaupten muß. In revolutionären Zeiten kommen die großen ungeschulten Massen in Bewegung, die nicht sein unterscheiden. Marx und Engels fanden sich 1849 in der Emigration völlig isoliert, abgestoßen sowohl von den bürgerlichen Radikalen wie von den sozialistischen Revolutionären. Ebenso wendeten sich nach dem Fall der Pariser Kommune von 1871 die radikalen Blanquisten und Bakunisten wie die zahmen Sozialliberalen gegen Marx und Engels und isolierten sie in der Internationalen. So haben auch jüngst die zurzeit stärksten Köpfe des russischen Marxismus, die Axelrod und Martoff, ihren Einfluß auf die Massen in hohem Grade verloren.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Die Hauptverhandlung gegen die Mörder Liebknechts.**  
Vom Garde-Kavallerie-Schützenkorps wird mitgeteilt: Die kriegsgerichtliche Hauptverhandlung gegen die an der Tötung

des Dr. Karl Liebknecht und Frau Rosa Luxemburg Beteiligten ist auf Donnerstag, den 8. Mai 1919, vormittags 9 Uhr, festgesetzt. Sie findet im großen Schwurgerichtssaale des alten Moabiters Kriminalgerichts statt. Der Zuhörerraum darf nur mit Eintrittskarten betreten werden, die beim Gericht des Garde-Kavallerie-Schützenkorps (Abteilung III, J., Eden-Hotel, Zimmer 335) erhältlich sind. In erster Reihe werden die Familienangehörigen der Getöteten und der Angeklagten berücksichtigt werden. Für die Vertreter der Tagespresse sind die Geschworenenliste reserviert. Die Verhandlung wird voraussichtlich drei Tage dauern.

### Streik in Oberschlesien.

Aus Deuthen wird gemeldet: Dem Sonnabend nachmittag begonnenen Sympathiestreik der Oberschlesischen Elektrizitätswerke schlossen sich die Wasserwerke teilweise an. Der ganze ober-schlesische elektrische Straßenbahnverkehr wurde lahmgelegt. Auch andere Betriebe sind in Mitleidenschaft gezogen worden. Es sind wieder einzelne Kohlengruben und Hüttenwerke stillgelegt. So kann in Gleiwitz von einem Generalstreik gesprochen werden. Dort schlossen sich die Gleiwitzer Kohlengruben und die Eisenbahnwerke Hegenscheid usw. dem Sympathiestreik an. Fast überall gilt als Hauptforderung die Zurückziehung der Grenzschutztruppen.

### Putzschuß in Dresden.

In Dresden wurde von einer Anzahl Zivilisten ein Handgranatenangriff gegen die Wache des Ständehauses verübt. Die Wache gab einige Gewehrschüsse ab; die Angreifer entkamen in der Dunkelheit. Es häufen sich die Verdachtsmomente, daß der Kriegsminister Neuring einem von langer Hand vorbereiteten Anschlag zum Opfer gefallen ist. Seine Leiche konnte bisher nicht gefunden werden. Für ihre Aufspürung sind 10 000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

### Aus der Hochburg des Kommunismus.

Aus Braunschweig kommen jetzt Nachrichten, die unter der Gewaltregierung mit ihren „amtlichen“ Tageszeitungen wohlweislich verzwiegen wurden. Danach sind die meisten Braunschweiger Arbeiter überhaupt nur unter der Annahme in den Streik gegangen, daß im ganzen Reich dieselben Zustände herrschten wie in Braunschweig. Diese Meinung wurde ihnen durch rücksichtslosste Propaganda gebracht, die das Herankommen wahrer Nachrichten verhinderte. Der dem Streik abgeneigte Teil der Arbeiterschaft wurde in unerhörter Weise verzwängt. Bezeichnend für den Geist der neugebildeten Roten Garde, die zum größten Teil nicht aus Arbeitern bestand, war ein Alarm, der probeweise kurz vor dem Einmarsche der Regierungstruppen stattfand. Von 1200 eingeschriebenen Mann kamen — 90 Mann, die erst ein mildes Geschlechte veranstalteten und dann anschließend mehrere Einbrüche verübten. Ueberhaupt hatte die Unsicherheit in Braunschweig den denkbar höchsten Grad angenommen.

In der Landesversammlung teilte Präsident Dr. Jasper mit, der Landesversammlung sei eine rechtliche Stellungnahme der Reichsregierung zugegangen, darin werden der braunschweigischen Regierung schwere Vorwürfe gemacht. Braunschweig habe sich als Mittelpunkt der kommunistischen Bewegung erwiesen. Aus der braunschweigischen Regierung seien verschiedentliche Hilfen erhoben worden. Die Regierung habe große Verkäufe von Heeresgut vorgenommen, es seien aber erst 42 857 Mk. abgeführt worden, während allein 1 600 000 Mk. durch den Verkauf von Pferden eingenommen worden seien. Die Demobilisierung sei gestört worden. 3000 Gewehre, viele Maschinengewehre, 26 Geschütze und 7000 Handgranaten seien den Heeresbeständen entnommen worden.

Die Marinebrigade und das Kavallerieschützenkommando, die dem Landesjägerskorps beigegeben waren, sind wieder abgerückt. Es bleibt nur das Landesjägerskorps in der Stadt zurück.

### Sprengung einer Spartakistenversammlung in Stettin.

Durch Freiwillige für das Vaterland wurde Sonntag mittag eine Spartakistenversammlung gestört, wodurch es zum Blutvergießen kam. Etwa 1500 Personen waren im Schloßhof versammelt. Ein Redner begann mit Ausfällen gegen die jetzige Regierung. Nach den ersten Sätzen tönten ihm aus der Mitte der Versammlung laute Hochrufe auf Ebert-Scheidemann entgegen. Zahlreiche Soldaten zogen ihre Revolver und gaben

## Der Schimmelreiter.

Novelle von Theodor Storm.

### 27. Fortsetzung.

Am Fußende des Bettes kauerte die kleine Wiente und hielt mit der einen Hand sich fest an der ihres Vaters, der daneben lag. In das Antlitz der Sterbenden grub eben der Tod das hippokratistische Gesicht, und das Kind starrte atemlos auf die unheimliche, ihr unverkennliche Verwandlung des unschönen, aber ihr vertrauten Angeichts. „Was macht sie? Was ist das, Vater?“ flüsterte sie eangstvoll und grub die Fingernägel in ihres Vaters Hand.

„Sie stirbt!“ sagte der Deichgraf.  
„Stirbt!“ wiederholte das Kind und schien in verworrenen Sinnen zu verfallen.

Aber die Alte rührte noch einmal ihre Lippen: „Jins! Jins!“ und kreischend wie ein Notschrei brach es hervor, und ihre trübemern Arme streckten sich gegen die draußen flimmernde Meerespiegelung: „Hölp! Hölp! du bist ja baven Water... Gott gnad de Annern!“

Ihre Arme sanken, ein leises Krachen der Bettstatt wurde hörbar; sie hatte aufgehört zu leben.

Das Kind tat einen tiefen Seufzer und warf die blauen Augen zu ihrem Vater auf: „Stirbt sie noch immer?“ fragte es.

„Sie hat es vollbracht!“ sagte der Deichgraf und nahm das Kind auf seinen Arm: „Sie ist nun weiß von uns, beim lieben Gott?“

„Ja, das ist das Beste.“ — In Haukes Innerem aber klang schwer die letzte Rede der Sterbenden. „Gott gnad de Annern!“ sprach es leise in ihm! Was wollte die alte Hege? Sind denn die Sterbenden Propheten? —

— Bald nachdem Trien' Jans oben bei der Kirche eingegraben war, begann man immer lauter von allerlei Unheil und seltsamem Geschweiß zu reden, das die Menschen in Nordfriesland erschreckt haben sollte; und sicher war es, am Sonntage Mittare war droben von der Turmspitze der goldene Hag'n durch einen Wirbelwind herabgeworfen worden; auch das war richtig, im Hochsommer fiel, wie ein Schnee, ein groß Geschweiß vom Himmel, daß man die Augen davor nicht aufstun konnte und es hernach fast handhoch auf den Fennen lag, und hatte niemand je so was gesehen; als aber nach Ende September der Großnecht mit Korn und die Magd Ann' Grete mit Butter in die Stadt zu Markt gefahren waren, kletterten sie bei ihrer Rückkunft mit schredensbleichen Gesichtern von ihrem Wagen. „Was ist. Was habt ihr?“ riefen die andern Dirnen, die hinausgelaufen waren, da sie den Wagen rollen hörten.

Ann' Grete in ihrem Reiseanzug trat atemlos in die geräumige Küche. „Nun, so erzählt doch!“ riefen die Dirnen wieder, „wo ist das Unglück los?“

„Ach, unser lieber Jesus wolle uns behüten!“ rief Ann' Grete. „Ihr wißt, von drüben, überm Wasser, das alt Mariken vom Ziegelhof, wir stehen mit unferer Butter ja allzeit zusammen an der Apothekerede, die hat es mir erzählt, und Joes Johns sagte auch, „das gibt ein Unglück!“ sagte er; „ein Unglück über ganz Nordfriesland; glaubt mir, Ann' Grete! Und“ — sie dampfte ihre Stimme — „mit des Deichgrafs Schimmel ist's am Ende auch nicht richtig!“

„Scht! Scht!“ machten die andern Dirnen.

— „Ja, ja; was kümmerts mich! Aber drüben an der andern Seite geht's noch schlimmer als bei uns! Nicht bloß Fliegen und Geschweiß, auch Blut ist wie Regen vom Himmel gefallen; und da am Sonntag Morgen danach der Pastor sein Waschbeden vorgenommen hat, sind fünf Totenköpfe, wie Erbsen groß, darin gewesen, und alle sind gekommen, um das zu sehen; im Monat August sind graue roteköpfige Raupenwürmer über das Land gezogen und haben Korn und Mehl und Brot und was sie fanden, weggefressen, und hat kein Feuer sie vertilgen können!“

Die Erzählerin verstummte plötzlich; keine der Mägde hatte bemerkt, daß die Hausfrau in die Küche getreten war. „Was redet ihr da?“ sprach diese. „Nacht das den Wirt nicht hören!“ Und da sie alle jetzt erzählen wollten: „Es tut nicht not, ich habe genug davon vernommen; geht an eure Arbeit, das bringt euch bessern Segen!“ Dann nahm sie Ann' Grete mit sich in die Stube und hielt mit dieser Abrechnung über ihre Marktgeschäfte.

So fand im Hause des Deichgrafen das abergläubische Geschweiß bei der Herrschaft keinen Anhalt; aber in die übrigen Häuser, und je länger die Abende wurden, um desto leichter drang es mehr und mehr hinein. Wie schwere Luft lag es auf allen; und heimlich sagte man es sich, ein Unheil, ein schweres, würde über Nordfriesland kommen.

Es war vor Allerheiligen, im Oktober. Tag über hatte es stark aus Südwest gestürmt; abends stand ein halber Mond am Himmel, dunkelbraune Wolken lagter überhin, und Schatten und frühes Licht flogen auf der Erde durcheinander; der Sturm war im Nachen. Im Zimmer des Deichgrafen stand noch der geleerte Abendstisch; die Aechte waren in den Stall gewiepen, um dort des Viehes zu achten; die Mägde mügten im Hause und auf den Böden nachsehen, ob Türen und Läden wohl verschlossen seien, daß nicht der Sturm hineinlasse und Unheil anrichte. Drienen stand Hauke neben seiner Frau am Fenster; er war draußen auf dem Deich gewesen. Zu Fuß war er hinausgetradt, schon früh am Nachmittag; wiße Nöhle und Säde voll Getreid und Erde hatte

er hie und dort, wo der Deich eine Schwäche zu verraten schien, zusammengetragen lassen; überall hatte er Leute angestellt, um die Pfähle einzurammen und mit den Säden vorzudämmen, sobald die Flut den Deich zu schädigen beginne; an dem Winkel zu Nordwesten, wo der alte und der neue Deich zusammenstießen, hatte er die meisten Menschen hingestellt; nur im Notfall durften sie von den angewiesenen Plätzen weichen. Das hatte er zurückgelassen; dann, vor kaum einer Viertelstunde, da hat, zersaust, war er in seinem Hause angekommen, und jetzt, das Ohr nach dem Windböen, welche die in Wei gefassten Scheiben raseln machten, blickte er wie gedankenlos in die wüste Nacht hinaus; die Wanduhr hinter ihrer Glascheibe schlug eben acht. Das Kind, das neben der Mutter stand, fuhr zusammen und barg den Kopf in deren Kleider. „Claus!“ rief sie weinend; „wo ist mein Claus?“

Sie konnte wohl so fragen; denn die Mäwe hatte, wie schon im vorigen Jahre, so auch jetzt ihre Winterreise nicht mehr angetreten. Der Vater überhörte die Frage; die Mutter aber nahm das Kind auf ihren Arm. „Dein Claus ist in der Scheune,“ sagte sie; „da sitzt er warm.“

„Warm?“ sagte Wiente, „ist das gut?“

— „Ja, das ist gut.“

Der Hausherr stand noch am Fenster: „Es geht nicht länger, Eise!“ sagte er, „ruf eine von den Dirnen; der Sturm drückt uns die Scheiben ein; die Lutten müssen angebrochen werden!“

Auf das Wort der Hausfrau war die Magd hinausgelaufen; man sah vom Zimmer aus, wie ihr die Röde flogen; aber als sie die Klammern gelöst hatte, riß ihr der Sturm den Läden aus der Hand und warf ihn gegen die Fenster, daß ein paar Scheiben zersplittert in die Stube flogen und eins der Lichter qualmend auslosh. Hauke mußte selbst hinaus, zu helfen, und nur mit Not kamen allmählich die Lutten vor die Fenster. Als sie beim Wiedereintritt in das Haus die Tür aufstießen, fuhr eine Böe hinterdrein, daß Glas und Silber im Wandstreck durcheinanderklirrten; oben im Hause über ihren Köpfen zitterten und krachten die Balken, als wolle der Sturm das Dach von den Mauern reißen. Aber Hauke kam nicht wieder in das Zimmer; Eise hörte, wie er durch die Tonne nach dem Stalle schritt. „Den Schimmel! den Schimmel, Jahn; rasch!“ So hörte sie ihn rufen; dann kam er wieder in die Stube, das Haar zersaust, aber die grauen Augen leuchtend. „Der Wind ist umgeprungen!“ rief er — „nach Nordwest, auf halber Springslut! Kein Wind; — wir haben solchen Sturm noch nicht erlebt!“

Eise war totenblau geworden: „Und du mußt noch einmal hinaus?“

Er ergriff ihre beiden Hände und drückte sie wie im Krampfe in die seinen: „Das muß ich, Eise.“

Fortsetzung folgt.



Schiffe in die Luft ab, worauf alles panisch auseinanderlief. Mehrere Personen wurden von dem sich nun entzündenden Kampf mit der Menge, die wieder in den Schloßhof einströmte, verwundet und ein Zivilist getötet. Das Garnisonkommando entsandte darauf zwei Kompanien auf Kasernen zur Festnahme der aufrührerischen Soldaten, die sich im Schloßhof verschanzt hatten. Etwa 30 von ihnen wurden festgenommen. Wie sich herausgestellt hatte, waren diese Soldaten von der Freiwilligenabteilung aus Kiew ohne Auftrag in die Kommunistenversammlung gegangen, um diese zu forcieren. In einem Aufruf an die Bevölkerung von Stettin wird gegen diese Vergewaltigung der Rebellei Verwahrung beigelegt und die Bestrafung der Unruhestifter angekündigt.

## Wirtschaftliches.

### Betriebsschließung.

Die Generaldirektion der Vereinigten Königs- und Laurahütte hat dem Arbeiter- und Beamten-Ausschuß mitgeteilt, sie wollten die Schließung des Betriebes bis zum 30. ds. Mts. vorziehen.

### Aufhebung der „Schwarzen Listen“.

Nach einem Bericht des „Daily Chronicle“ hat der oberste Wirtschaftsrat in Paris beschlossen, alle „Schwarzen Listen“ aufzuheben.

### Ergebnisse der Viehzählung am 1. März 1919.

Im Reichsanzeiger werden die Ergebnisse der Viehzählung am 1. März 1919 veröffentlicht. Sie zeigen eine ganz beträchtliche Abnahme des Viehbestandes, und zwar werden insgesamt 16 639 278 Stück aufgeführt gegen 17 226 855 am 1. Dezember 1918, 19 434 975 am 1. März 1918 und 21 364 294 am 1. März 1917; darunter befinden sich 7 782 674 bezw. 8 123 118 bezw. 8 799 446 bezw. 9 176 368 Stück Milchkuhe. Eine geringe Zunahme zeigt der Schaafbestand, er stieg sich auf 6 959 153 bezw. 5 299 008 bezw. 5 386 641 bezw. 5 919 372 Stück. An Schweinen wurden nur gezählt 11 696 695 bezw. 10 080 375 bezw. 5 723 878 bezw. 13 009 061. Vermehrt hat sich der Pferdebestand, an Pferden (ohne Militärpferde) wurden gezählt 9 660 132 bezw. 3 378 481 bezw. 3 287 970 bezw. 3 216 810. An Ziegen waren am 1. März 1919 3 733 675 gegen 4 015 122, an Hühnern 40 097 418 gegen 48 066 776, an Federvieh überhaupt 44 061 993 gegen 52 029 995, an zahmen Kaninchen 6 092 374 gegen 8 474 508 am 1. März 1918 vorhanden.

## Aus der Partei.

**Tagesordnung des Amsterdamer Sozialistentongresses.** Auf der in Amsterdam am 26. April eröffneten internationalen Sozialistentagung kommen folgende Punkte zur Verhandlung: 1. die territorialen Fragen, 2. der Wiederaufbau der Internationale und das Manifest von Moskau, 3. die Entwicklung der Arbeiterpresse, 4. der im August in Luzern stattfindende internationale Sozialistentag, 5. die Friedenspräliminarien.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Sohnbewegung der Telegraphenarbeiter.** Die „P. P. N.“ schreiben: Die Telegraphenarbeiter haben vor etwa zwei Monaten eine Lohnerhöhung von 20–40 Prozent erhalten. Sie verlangen eine abermalige Erhöhung ihrer Löhne um 50 Prozent. Das würde bei den 16 000 Telegraphenarbeitern eine finanzielle Mehrbelastung von 25 Millionen bedeuten. Der Minister glaubt, die finanzielle Verantwortung dafür nicht übernehmen zu können. Außerdem würden bei einer solchen Regelung die Telegraphenarbeiter weit besser gestellt sein, als die unteren Beamten. Um einen gerechten Ausgleich herbeizuführen, wäre dann abermals eine Festbelastung von 250 bis 300 Millionen möglich. Der Minister stellt sich auf den Standpunkt, daß den Telegraphenarbeitern eine Erhöhung der Löhne bis zum gleichen Lohnsatz der Eisenbahnarbeiter zugewilligt werden kann. Damit sind aber die Telegraphenarbeiter nicht zufrieden. Das Reichspostministerium wird sich dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums unterwerfen.

**Schiedspruch im Berliner Baugewerbe.** Im Berliner Bauarbeiterstreik ist vom Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch gefällt worden, der den Stundenlohn vom 1. April auf 2,40 Mk. und vom 1. Juni auf 2,60 Mk. festsetzt. Auch die Löhne für Hilfsarbeiter und Jugendliche sowie die Bezahlung der Überstunden usw. sind entsprechend festgesetzt. Die Parteien sollen sich zum 3. Mai über die Annahme des Schiedspruchs erklären. — Wie die „P. P. N.“ aus zuverlässiger Quelle vernehmen, werden die Organisationen der Bauarbeiter den am Donnerstag verhandelten Schiedspruch ablehnen. Die Organisation steht auf dem Standpunkte, daß insbesondere die angebotenen Lohnsätze unannehmbar seien. In der Metallindustrie würden Löhne von 3–4 Mk. gezahlt. Dabei sei zu berücksichtigen, daß in dieser Industrie bedeutend stabilere

Arbeitsverhältnisse herrschten als in den Bauberufen, in denen die Arbeiter oft tage- und wochenlang ihre Beschäftigung wegen der Witterungsverhältnisse unterbrechen mußten. Die Arbeiter würden keinesfalls von der Auffassung abgehen, daß für Bauhandwerker und Bauarbeiter ein Stundenlohn von 3 Mk. das mindeste sei, was man verlangen müsse.

## Die Apotheke als Gemeinschafts- und Privatbetrieb

Die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Apotheker hat dem sächsischen Wirtschaftsministerium eine Eingabe überreicht, in der sie nähere Vorschläge für die Sozialisierung der Apotheken macht. Schon vor dem Kriege wurde von sozialdemokratischer Seite wiederholt für die Kommunalisierung der Apotheken eingetreten und manche Apotheken sind auch bereits in kommunalem Eigentum. So wurden im Freistaate Hessen seit etwa 1900 alle erteilten Neuzulassungen von Apotheken an Städte und Gemeinden, nicht aber an Privatspersonen erteilt. Auf diese Weise wurden die Spekulationen vermieden, die mit dem Apothekenmonopol anderswo üblich waren. So betragen z. B. in Stegitz die beim Apothekenverkauf erzielten Gewinne einmal 47 000, einmal 65 000, einmal 176 000 und einmal 200 000 Mark. Eine Apotheke in Breslau wurde f. Zt. nach elf Jahren Privatbesitz mit einem Gewinn von 200 000 Mark verkauft. So muß jeder neue Besitzer vor allem für die Zinsen arbeiten, um dann beim Verkauf ebenfalls seinen guten Gewinn einzuflecken. Und mit dem Nachfolger geht es dann ebenso. Auf diese Weise sind die ewigen Erhöhungen der Arzneipreise verständlich, ebenso wie die gewaltigen Auslagen, die die Krankenkassen für Arznei haben und die sich auf viele Millionen belaufen und f. Zt. den 2. Allgemeinen deutschen Krankentag den Beschluß lassen liegen: „Wir fordern die Kommunalisierung der Apotheken und, bis das erreicht ist, die Errichtung eigener Apotheken durch die Krankenkassen.“

Wie durch die Ueberführung der Apotheken in das Eigentum der Gesamtheit jene Mißstände vermieden werden, zeigen uns die Erfahrungen, die man in Italien mit der Kommunalisierung der Apotheken gemacht hat. Dort bestehen seit einer ganzen Reihe von Jahren kommunale Apotheken, und wie Dr. Martell, Berlin, in der Zeitschrift für Städtebau und Gesundheitsreform ausführte, mit bestem Erfolge. Allgemein hat sich in Italien die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß kommunale Apotheken nicht nur die unverfälschte Herstellung der Arzneien garantieren, sondern daß sie auch die Arzneien mit durchweg 75 Prozent weniger Gewinn verkaufen als Privatapotheken.

Die größten städtischen Apotheken befinden sich in Reggio Emilia. Sie wurden von einer sozialdemokratischen Stadtverwaltung geschaffen, und wie gut sie arbeiten, zeigt die Antwort der Regierung auf einen Protest der Privatapotheken dahingehend, daß an eine Aufhebung der städtischen Apotheken wegen ihrer hohen Gemeinnützigkeit nicht zu denken ist. Und diese Gemeinnützigkeit erfolgte nicht etwa auf Kosten des Stadtsäckels. Im Gegenteil, der Reingewinn betrug jährlich 20 000 Lire trotz der angefertigten 51 277 Gratisrezepte für Arme! Uebrigens vermochten die Privatapotheken ihre Preise nach Errichtung der kommunalen Apotheken auf einmal um 50 Prozent herabzusetzen, und sie konnten doch noch bestehen.

Das zeigt uns, in welchem Maße das proletarische Volk unter der Apothekenmischwirtschaft leidet, welche Summen es dem Apothekenwucher in den Taschen zu werfen gezwungen ist, und daß darum recht bald die von uns so lange erstrebte Ueberführung des Apothekenwesens in das Eigentum der Gemeinschaft kommen muß.

## Aus Nah und Fern.

**Ein Millionendiebstahl in Berlin.** Durch die Presse ging eine unbestimmte Nachricht über einen großen Diebstahl im Juliusturm. Sie wurde vom Reichsschatzamt demontiert. Neuere Meldungen bestätigen, daß zwar nicht aus dem Juliusturm, aber aus der anschließenden Zitadelle Millionen rumänischer Noten gestohlen sind. Als in Rumänien bei Ausbruch der Revolution im November der Reichsschatzamt flüchten mußte, gelang es ihm, den aus 500 Millionen Lei bestehenden Schatz mitzunehmen, der dann nach der Zitadelle geschafft wurde. Nach den Spartakisten-Anrufen im Januar unterzog der damalige Kommandant alle Räume einer Revision und dabei stellte sich heraus, daß eine Kiste gestohlen sei, von denen aber weit über die Hälfte, da sie in Noten bestanden, wertlos sind. Unter harter Bewachung wurde der verbliebene Schatz sofort nach Berlin und später nach Spaa geschafft, wo er durch unsere Waffenstillstandskommission der französischen Regierung übergeben wurde.

**Folgen der Not.** In Gleiwich sammelte sich eine gewaltige Menschenmenge vor einem Warenhaus und forderte billige Kleider. Die Menge ließ sich von der Volkswehr nicht auseinander-

treiben. Das Militär gab Feuer, Tote und Verwundete blieben liegen. Nachmittags kam es zu weiteren Schießereien und Handgranatenwürfen. Bis zum Abend waren 9 Tote und 20–30 Verletzte gezählt. Der Belagerungszustand wurde verkündet. Die Arbeiter mehrerer großer Fabriken streikten, um die Zurückziehung des Militärs durchzusetzen. In Waldenburg demonstrierten 3000 Bergarbeiter für bessere Ernährung und für Entzerrung des Grenzschutzes. — In Buer, Westfalen, kam es zu Plünderungen von Geschäften und Demolierungen von Gasthäusern. Das Warenhaus von Althoff wurde vollständig ausgeräumt und die Sachen auf die Straße geworfen. Die Plünderer setzten sich mit Maschinengewehren in dem Warenhaus fest und empfingen die anrückenden Truppen mit Maschinengewehrfeuer. In dem darauf folgenden Kampfe wurde das Haus genommen. 5 Menschen sind tot, einige schwer verwundet. — In Hannover kam es zu Schießereien mit wilden Händlern, wobei ein Mann getötet, mehrere verwundet wurden. — In mehreren Kreisen Ostpreussens zeigt sich eine aufrührerische Bewegung unter den Landarbeitern, die sich in Plünderungen der Landwirte äußert.

**Kumpfer-Luftverkehr.** Die Kumpfer-Werke, die erst kürzlich den Luftdienst Berlin-Gotha-Augsburg-München eröffnet haben, errichten anlässlich der Leipziger Messe einen Luftverkehr zwischen Berlin und Leipzig. Während der D-Zug drei Stunden gebraucht, — wobei bemerkt wird, daß die augenblicklich verkehrenden Personenzüge sechs Stunden und länger unterwegs sind —, benötigt die mit 260 PS. ausgerüsteten Kumpfer-Flugzeuge nur 50 Minuten. Es wird nur auf Bestellung hin geflogen.

**Auch ein Kriegsgewinnler.** In Essen wurde vor kurzem der von der Stadt mit der Leitung des Obst- und Gemüsemarktes beauftragte Händler Gussdorf wegen Preiswuchers verhaftet, aber später gegen eine Kaution von 500 000 Mark auf freien Fuß gesetzt. Gussdorf war vor dem Kriege ein Mann ohne Vermögen. Es zeigt sich also wieder einmal, daß während des Krieges ganz ungeheure Summen verdient wurden, die die Regierung hoffentlich recht bald und gründlich erfassen wird.

**Ein schwerer Unglücksfall** hat sich in Treviso ereignet. Dort spielten einige Knaben mit einer Anzahl Granaten, die in einem Straßengraben gelegen hatten, dabei explodierte ein Geschloß und tötete zehn Kinder, zwei weitere wurden schwer verletzt.

**Eine Geldfabrik.** In Kolding hat die dänische Polizei eine Falschmünzwerkstatt entdeckt, in der ein Buchdrucker Anderlen aus Odense und ein Lithograph Petersen aus Habersleben falsche finnische Banknoten herstellten. Für 4 Millionen finnische Mark Noten wurden beschlagnahmt. Die Organisation zur Verbreitung des Geldes scheint über ganz Skandinavien verbreitet zu sein.

**Auch Norwegen nimmt deutsche Kinder auf.** Wie in Schweden, so werden jetzt auch in Norwegen von gewerkschaftlicher Seite Schritte unternommen, um deutsche Kinder zur Erholung im Sommer dort unterzubringen.

**Bergsturz am Hohentwiel.** Wie aus Konstanz berichtet wird, erfolgte am Hohentwiel ein schwerer Bergsturz. Der nördliche Abhang des Berges ist zusammengebrochen. Der Hohentwiel erhebt sich unweit des Städtchens Singen an der badisch-württembergischen Grenze in einer Höhe von 688 Metern. Er wird von einer zerfallenen Feste gekrönt, die in der deutschen Geschichte unter den alemannischen Herzögen und unter den Hohenstaufen wiederholt eine Rolle gespielt hat.

## Für die Gartenpflege.

### Erinnerung an wichtige Arbeiten.

Die Wochenchrift „Der Praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau“ in Frankfurt a. O. schreibt: Die Arbeiten im Gemüsegarten gerieten durch den im März noch einmal einsetzenden Winter sehr ins Stocken. Nun aber geht die Arbeit los, mit aller Macht, und alle verfügbaren Hände sind hierzu mobil zu machen. Das Aussäen von Frühgemüse sei unsere erste Sorge. Wir säen: Rosenkohl, schon etwas Salatrüben und einen Teil Kohlrüben, deren Haupternte aber erst im Mai erfolgt. Karotten, Petersilien- und Zwiebelbeete das erste Mal säen. Erbsen anpflanzen. Höchste Zeit, Gurken und Kürbis in Töpfe zu legen. Wer nur noch einen knappen Vorrat von Speisekartoffeln hat, der läse für den Gebrauch zum Juniensfang sofort noch einmal Märzrüben aus.

**Obstgarten.** Den im gepflanzten Obstgehölzen eine Düngergabe geben. Blutausranke Bäume mit Karbolium behandeln. Wandspalterbäume dürfen vor und während der Blüte nicht an Bodentrockenheit leiden; in nährstoffarmen Lande muß auch einige Male mit verdünnter Jauche gegossen werden. Reichblühende Formbäume nötigenfalls mit Frostschutzhauben versehen. Erdbeerbeete jauchen. Wer hohe Erträge erzielen und gediegere Früchte an seiner Gartentätigkeit haben will, verlange kostenfreie Probenummern vom „Ratgeberverlag“ (Trowitsch u. Sohn, Frankfurt a. O.).

**Im Blumenarten pflanzen** wir Koniferen, legen Dahlienknollen und Gladiolen und bündeln die Rosenbeete mit Jauche. Tropiolum und andere einjährige Sämlinggewächse, auch Rebeba, Paris, Calliopis usw. ins Freie säen. Ins Mistbeet säen: Melonen, Campanula und Goldblau. Rasenflächen mit geliebter Komposterde bestreuen, vorher das Besäen etwaiger Fehlstellen besorgen.

## Terminverlegung.

Der auf den 30. April angelegte Termin für Einreichung der Angebote auf Lieferung von Bords-, Kops- und Mooskisternen wird auf

**Sonnabend, den 10. Mai, mittags 12 Uhr,**

verlegt.  
Rübe & Co., den 26. April 1919. (1481)

## Das Bauamt, Abtl. Tiefbau.

**Landesvorstand.** Cutin, den 23. April 1919.

Vom 1. Mai d. J. ab dürfen Bäcker und Brothändler Brot nur auf solche Weißbrotmarken abgeben, die auf der Rückseite den Stempel der örtlich zuständigen Brotkartenausgabestelle der Provinz Lübeck tragen.

Die Abstempelung der Weißbrotmarken können diejenigen Personen, die im Besitze eines Lebensmittellabmeldeheftchen sind oder durch Vorlegung der Weidbescheinigung nachweisen, daß sie sich länger als 3 Tage in der Provinz Lübeck aufhalten, bei der zuständigen Brotkartenausgabestelle beantragen.

Den Bäckern und Händlern wird vom 1. Mai ab Mehl nur für solche Weißbrotmarken verrechnet, die in der beschrifteten Weise abgestempelt sind. Sie haben die bis zum 1. Mai eingenommenen ungestempelten Weißbrotmarken bis zum 2. Mai, vormittags, dem Landesvorstand einzureichen.

Zumiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. (1484)

## L. St. Gertrud-Schule.

Beginn des Unterrichts am Dienstag, dem 29. April, für die Mädchen: morg. 7½ Uhr, für die Knaben: nachm. 2 Uhr. Aufnahme in Klasse 8: Mädchen: morgens 9 Uhr, Knaben: nachm. 3 Uhr. (1485)

Rektor J. Kähler.

Gesucht zum 15. Mai ein erfahrenes Mädchen, und Wäscheputz gehalten. Wiedlungen Luisenstr. 4. (1471)

Gesucht zu sofort ein Schuhmachersgehilfe. Hans Raabe. (1481)

## Bekanntmachung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung des Landesverordnungsamts, Abtl. II wird hierdurch bekanntgegeben, daß das Kartoffelmehl als Ersatz für fehlende Kartoffeln in folgenden Gehalten erhältlich ist:

Barkmann, Carl, Travemünde Regasse, Geor., Umlandstr. 7  
Benzing, Richard, Kronsf. Allee 111  
Bruggmann, Kronsf. Allee 111  
Bäsen, Reinhold, Armmit. 1a  
Baurmann, Th., Goltzenstr. 23  
Bornahl, Paul, Schwartauer Allee 34  
Bresalt, H., Breite Straße 28/30  
Eiland, Geor., Südgomstr. 10  
Eichstadt, Hans, Wühlengstr. 42  
Finke, Emil, Spülkerstr. 5  
Fromm, Karl, Jadenb. Allee  
Galdenbaum, Otto, Engels- wicz 57  
Hack, Rich., Kottwitzstr. 39  
Hart, Geor., Sargstr. 129  
Harkopf, Geor., Adenstr. 38  
Rempel, Wilh., Sargstr. 38a

Es werden auf den Unterschnitt 5 des Abchnittes 3 der Kartoffelkarte

**100 Gramm Kartoffelstärke** zum Preise von 90 Pfg. für 1 Pfund abgegeben.

Die gesammelten Abschnitte sind von den Kleinhandlern unter Angabe des Restbestandes am Montag, dem 5. Mai, der Rahmungsamt-Vertriebsstelle, Breitenstr. 65, I, Zimmer 3, einzureichen.

Rübe & Co., den 26. April 1919. (1486)

## Das Landesverordnungsamt.

Gesucht zu sofort oder später ein **Maurerlehrling.**

F. Castens, Maurermeister. Dorfstraße 20. (1460)

**Schuhmacher** gesucht, in od. außer dem Hause. H. Faasch, (1448) Gr. Gröpelarube 27.

Sofort tüchtige **Westen- und Tagelöhner** bei dauernder Beschäftigung gesucht. (1477) Justus Meyer.

Mahlmachine zu verkaufen. (1460) Schlumacherstr. 5/11.

G. erb. Dr. Mängel z. t. gel. Off. u. A. M. a. d. Exp. d. Bl. (1475)

## Deutscher Eisenbahner-Verband.

Ortsgruppe Lübeck.

## Maifeier.

Treffpunkte zur Versammlung im Gewerkschaftshaus für die Kollegen des Mühlentores, Alter Eisenbahndamm — Hauptwerkstatt.

Für die Kollegen des Holstentores, Kreuzung Holstentor-Eisenbahndamm.

Abmarsch 7.45 Uhr präzise. Sammelplatz zum Festzug: 1. Wallstraße 1 Uhr nachm.

Zu beiden Veranstaltungen erwartet vollständiges Erscheinen. (1463) Die Ortsverwaltung.

Nach langem schwerem Leiden entschlief sanft unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Schwägerin

**Maria Fey,**

geb. Hering

im 59. Lebensjahr.

Tief betrauert von ihren Kindern und allen Angehörigen. (1482)

Lübeck, 26. April 1919.

Glockengießerstr. 77/4.

Trauerfeier: Mittwoch

morgens 10 Uhr in der Vorwerkter Friedhofskapelle.

Morgenmädchen oder -Frau gef. (1479) Hohenlandstr. 47 H.

**Junger Hausbursche** gesucht.

**Wilh. Hohenschild,**

**Marli Drogerie**

Marlstraße 42 c. (1478)

Für die sozialistische Wochenchrift „Geureka“ (1476)

**Hannover,**

**Königstraße 35,**

**Abonnentensammler, Inseratensammler, Mitarbeiter** gesucht.